

Deutschsprachiger Rundfunk im Exil

Band 2: Deutsche Emigration und
die Rundfunkarbeit im Widerstand gegen
den Nationalsozialismus (1933–1945) und
der Neubeginn im Nachkriegsdeutschland

Herausgegeben von
Carsten Gansel, Sascha Feuchert und Hans Sarkowicz
unter Mitarbeit von Elisabeth Turvold

DE GRUYTER

ISBN 978-3-11-167962-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-167966-2
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-167994-5

Library of Congress Control Number: 2025938937

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston, Genthiner Str. 13, 10785 Berlin
Einbandabbildung: Die Fotografie zeigt Thomas Mann im Jahr 1937 am Mikrofon des Radiosenders WQXR. Fotograf Eric Schaal. Foto: Deutsches Exilarchiv 1933-1945 der Deutschen Nationalbibliothek, Nachlass Eric Schaal, EB 2003/051. © Wallstein Verlag, Göttingen – mit freundlicher Genehmigung.
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyterbrill.com
Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit:
productsafety@degruyterbrill.com

Inhalt

Carsten Gansel, Sascha Feuchert, Hans Sarkowicz

Deutschsprachiges Radio im Exil und der Neubeginn der Rundfunkarbeit nach 1945 – Eine Einführung — 1

Rundfunkpropaganda während des Zweiten Weltkriegs

Paul Michael Lützeler

Thomas Manns „Deutsche Hörer!“. Reden gegen ein NS-Europa — 11

Hans Sarkowicz

Deutsche Rundfunkpropaganda während des Zweiten Weltkriegs — 29

Johanna Walcher

Veränderungen für den österreichischen Rundfunk in 1933/34

Eine Sondierung der Rezeption in österreichischen Zeitungen und Radio-Periodika — **65**

Konrad Dussel

„Kommentare zum Weltgeschehen hauptsächlich registrierender Natur“

Politische Informationen in den Schweizer Hörfunkprogrammen während des Zweiten Weltkriegs — **85**

Bernhard H. Bayerlein

Der *Deutsche Freiheitssender* 29,8 und die Pariser Wochenzeitung „Die Zukunft“ im Kampf gegen Weltkrieg und Barbarei (1939 – 1940)

Eine exemplarische Episode deutsch-französischer Mediengeschichte — **103**

Carsten Gansel

Geheime Radiosender im antifaschistischen Exil in der Sowjetunion

Zur Rundfunkarbeit von Hedda Zinner und Fritz Erpenbeck — **123**

Tatiana Yudina

Radioansprachen deutscher Emigranten — Diskursive Transformationen (1943 – 1945) — 151

Clemens Zimmermann

Radiopublikum im Nationalsozialismus

Zwischen Alltagsroutinen, Musikpräferenzen, „Feindsendern“ und Abhörverbot (1939 – 1945) — **163**

Jörg-Uwe Fischer

Rundfunkempfang unter Kontrolle

Empfangsmöglichkeiten und -verbote während des Zweiten Weltkrieges und der frühen Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung des Volksempfängers und Deutschen Kleinempfängers — **181**

Neubeginn der Rundfunkarbeit nach 1945

Anja Schäfers

„Forces Radio“. Der alliierte Militärrundfunk im Zweiten Weltkrieg und in der frühen Nachkriegszeit — 201

Wolfgang Mühl-Benninghaus

Das Radio und die Berichte über die Nürnberger Prozesse

Ein Medien-Event? — **213**

Norman Ächtler

Vom Kampf gegen Hitler zum Kampf für eine demokratische Öffentlichkeit: Fritz Eberhard und der Rundfunk

Fritz Eberhard – Eine vergessene Jahrhundertfigur — **229**

Christoph Classen

„...nach dem Gesichtspunkt der Sicherheit untragbar“ — Westemigranten und -übersiedler im Rundfunk der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der frühen DDR (1945–1953) — 257

Roland Innerhofer und Volker Kaukoreit

Erich Frieds Tätigkeit für den *German Service* der *BBC* am Beispiel seiner „Persönlichen Betrachtungen“ 1953–1968 — 291

Carsten Gansel und John Erpenbeck

„Meine Erinnerung beginnt mit dem Rückflug“. Ein Gespräch — 301

Beiträgerinnen und Beiträger — 309

Clemens Zimmermann

Erratum to: Radiopublikon im Nationalsozialismus — 313

Christoph Classen

„...nach dem Gesichtspunkt der Sicherheit untragbar“ — Westemigranten und -übersiedler im Rundfunk der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der frühen DDR (1945 – 1953)

Im Juni 1950 verfasste der Intendant der beiden DDR-Rundfunkanstalten *Berliner Rundfunk* und *Deutschlandsender*, Kurt Heiß, eine als „streng geheim“ eingestufte Denkschrift an die SED-Führung, die sich mit der Personalsituation im Berliner Funkhaus befasste. Darin beschrieb er einen Zielkonflikt, den er als kaum lösbar darstellte: Einerseits gebe es dort „eine Anzahl von Mitarbeitern in leitenden Funktionen und wichtigen Schlüsselstellungen“, die „[...] nach dem Gesichtspunkt der Sicherheit untragbar sind und sofort entfernt werden müssten“.¹ Heiß nannte unter anderem die Chefredakteure Leo Bauer und Erich Böhm, deren Stellvertreter Hermann Burkhardt und Heinz Geggel, die Leiter der Abteilungen Künstlerisches Wort, Wirtschaft und Innenpolitik Maximilian Scheer, Karl Gass und Werner Händler sowie den Chefkomentator des *Berliner Rundfunks*, Karl-Eduard von Schnitzler. Andererseits, so Heiß, hätte dies zur Folge, „[...] daß der Funkbetrieb auf unseren beiden Sendern im gegenwärtigen Ausmaß nicht beibehalten werden könnte“, zumal es sich um diejenigen „mit der grössten (sic!) Rundfunkerfahrung und der besten Kenntnis qualifizierter Funkmethoden [handelt].“ Seit Oktober 1949 seien bereits 627 Mitarbeiter „entfernt“ worden, das Durchschnittsalter in den beiden Sendern betrage nur noch 23 bzw. 25 Jahre und es fehle dementsprechend an Erfahrung und Qualifikation. Er machte zwar einige Vorschläge, welche Parteikader er sich als Ersatz wünsche, schob aber die Verantwortung für die Lösung des Problems den „zuständigen Genossen“ der Partei zu, nicht ohne vorsorglich darauf hinzuweisen, dass „[o]hne eine rasche, energische und kühne Lösung dieser Fragen“ der Rundfunk „nicht zur vollsten Zufriedenheit der Partei“ arbeiten könne.²

Das Dokument illustriert eindrucksvoll die Probleme des Rundfunks während der sozialistischen Transformationspolitik, die in dieser Zeit vor allem darauf

¹ Heiß, Kurt: Zur Lage im Berliner Funkhaus. 20. Juni 1950. Bundesarchiv Berlin (BArch), DR 6/207.

² Ebd.

abzielte, die Sender von vermeintlich politisch unzuverlässigem Personal zu säubern und damit auf die politische Linie der strikten Abgrenzung vom Westen und des forcierten sozialistischen Aufbaus unter sowjetischer Hegemonie zu bringen. Sie zeugt auch vom geschickten Lavieren eines opportunistischen Parteifunktionsnärs: Durch die Denunziation der Mitglieder der Rundfunkleitung präsentierte sich Heiß als loyaler Vollstrecker dieser Politik, ohne sie freilich tatsächlich konsequent umzusetzen. Vielmehr ging es darum, sich präventiv in alle Richtungen abzusiichern: Sollte ein exponierter Mitarbeiter in Ungnade fallen, so hatte er – der Intendant – bereits auf das Sicherheitsrisiko hingewiesen, ebenso wie umgekehrt auf das Problem einer (weiteren) Verschlechterung des Programms als Folge der rigiden Säuberungspolitik.

Die steile Karriere, die Heiß innerhalb von nur drei Jahren vom Hauptabteilungsleiter zum Intendanten zunächst des *Mitteldeutschen Rundfunks* in Leipzig, dann der beiden wichtigsten Sender in Berlin und 1951 schließlich zum Generalintendanten des gesamten DDR-Rundfunkwesens aufsteigen ließ, zeigt, dass er mit dieser Strategie Erfolg hatte. Indirekt verweist der Fall aber noch auf ein anderes, zentrales Strukturmerkmal dieser repressiven Phase: Denn die überwiegende Zahl der Denunzierten war während des Nationalsozialismus im Westen gewesen, sei es im Exil oder in Kriegsgefangenschaft. Heiß dagegen lebte ab 1935 meist in Moskau und war erst 1947 von dort nach Deutschland zurückgekehrt.

Die plötzliche Gefahr für Westemigranten ab Ende der 1940er Jahre bis etwa Mitte der 1950er Jahre betraf zwar keineswegs nur den Rundfunk in der neu gegründeten DDR, sondern die SED-Funktionäre insgesamt. Dennoch spielte die westliche Emigration bzw. Sozialisation in den Rundfunkanstalten eine besonders prominente Rolle. Das hing auch damit zusammen, dass journalistische und kulturelle Kompetenzen – von praktischen journalistischen Erfahrungen vor 1945 ganz zu schweigen – eher im bürgerlichen als im proletarischen Milieu verbreitet waren. Diese – nicht selten jüdischen – Intellektuellen waren oft in westlichen Exilländern gewesen und hatten dort meist auch journalistisch gearbeitet.³

Im Folgenden möchte ich exemplarisch die ebenso wichtige wie schwierige Rolle der Westemigranten und Übersiedler in der Anfangsphase des Rundfunks in der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR skizzieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Jahren zwischen dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges im Herbst 1947 und der Staatskrise nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953, in deren Folge die forcierte sozialistische Transformationspolitik vorübergehend ausgesetzt wurde.

³ Vgl. Kessler, Mario: Westemigranten. Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR. Köln: Böhlau 2019, S. 253.

Wie bereits angedeutet, betrafen die politischen Säuberungen in dieser Phase weite Teile der Gesellschaft. Hier soll die besondere Situation im Rundfunk nachvollzogen werden. Wer machte Karriere, und warum konnte diese auch bei verdienten Genossen mitunter abrupt enden – bis hin zur Verhaftung am Arbeitsplatz? Welche Faktoren waren dafür ausschlaggebend, oder anders gefragt: Wie gefährlich war der Status des Westemigranten oder -übersiedlers im Rundfunk tatsächlich? Und welche Rolle spielten dabei Erwartungen an das Medium Radio im Zuge des Aufbaus des Sozialismus? Um die Voraussetzungen und den Kontext zu erläutern, wird zunächst die Situation des Rundfunks in der SBZ unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt (1). Anschließend steht der strategische Wandel der Rundfunkpropaganda im Zuge der sich abzeichnenden deutschen Teilung im Mittelpunkt, bei dem den Westemigranten und -übersiedlern besondere Bedeutung zukam (2). Der dritte Teil behandelt die Parteisäuberungen im Rundfunk und ihre politischen Hintergründe. Ein Epilog schließt die Betrachtung ab (4).

1 Die Anfänge des Rundfunks in der Sowjetischen Besatzungszone (1945 – 1947)

Bereits fünf Tage nach der Kapitulation meldete sich der ehemalige *Reichssender Berlin* unter der Kennung *Hier spricht Berlin* aus den Trümmern der sowjetisch besetzten Hauptstadt.⁴ Dies war möglich, weil Funkhaus und Sendeanlagen von den Alliierten nicht zerstört worden waren, und dies ganz offensichtlich mit der Absicht, dieses Kommunikationsmittel nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes nutzen zu können. Mit der Leitung des Senders beauftragte der sowjetische Stadtkommandant Nikolai Bersarin den Moskau-Emigranten Hans Mahle. Dieser war zunächst Jugendredakteur, dann Leiter deutschsprachiger Sender in der Sowjetunion gewesen, zuletzt beim Sender *Freies Deutschland*. Damit verfügte er als einer der wenigen verfügbaren Kader über nennenswerte Rundfunkerfahrung.⁵ Vor allem aber gehörte er zur „Gruppe Ulbricht“, einer handverlesenen Auswahl deutscher Kommunisten, die im Berliner Raum der Roten Armee nach der Kapi-

4 Anfangs findet sich auch die Bezeichnung *Radio Berlin* und (nach dem Standort der Sendetürme) *Radio Tegel*, der Name *Berliner Rundfunk* setzte sich erst etwas später durch.

5 Vgl. zu Mahle (Pseudonym für Heinrich August Ludwig Mahlmann): Riege, Katharina: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie. Hamburg: VSA 2003; Galle, Petra: Ein Moskau-Kader als Sicherheitsrisiko. Hans Mahles Aufstieg und Fall als Generalintendant des Rundfunks in der SBZ/DDR. In: Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit. Hrsg. von Claus-Dieter Krohn/Axel Schildt. Hamburg: Christians 2002, S. 366–396.

tulation bei der Durchsetzung ihrer Herrschaft und dem Aufbau neuer staatlicher Strukturen helfen sollte. Angesichts des Chaos, das nach dem Zusammenbruch herrschte, und des Mangels an vertrauenswürdigen deutschem Personal, konnte Herrschaft nur informell und personalisiert ausgeübt werden. In dieser Situation schien die Berufung Mahles zu gewährleisten, dass der Rundfunk als wichtigstes Kommunikationsmittel dennoch den Interessen der Besatzungsmacht diene.⁶

Ein Vollprogramm quasi aus dem Stand zu produzieren, war ohne qualifiziertes Personal jedoch nicht möglich. Mahle ging daher pragmatisch vor und setzte auf Kontinuität: Bereits im September 1945 hatte der *Berliner Rundfunk* wieder rund 1000 Beschäftigte, überwiegend ehemalige Mitarbeiter des Reichssenders. Mangels geeigneter Kandidaten konnten nur wenige Führungspositionen mit KPD-Mitgliedern besetzt werden: Artur Mannbar (Leiter der Nachrichtenredaktion), Rudolf Mießner („Jugend und Erziehung“) sowie Alfred Duchrow („Tagesfragen“) hatten den Nationalsozialismus im KZ bzw. Zuchthaus überlebt, sie verfügten teilweise über journalistische, nicht aber über Rundfunkerfahrung. Der Personalchef Matthäus Klein und der stellvertretende Sendeleiter Walter Ulmer kamen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft und hatten sich dort dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) angeschlossen, einer Organisation deutscher Kriegsgefangener und Emigranten, die in der Endphase des Krieges die Rote Armee unterstützte. Nur der junge Markus Wolf (Pseudonym: Michael Storm), der im Juni 1945 als Kommentator zum *Berliner Rundfunk* kam, war als Kind mit seinen Eltern in die Sowjetunion emigriert und hatte ab 1943 in Moskau als Sprecher und Redakteur für den *Deutschen Volkssender* gearbeitet.⁷ Westemigranten waren in dieser Phase schon deshalb nicht vertreten, weil sie so früh noch keine Möglichkeit zur Rückkehr hatten.

Die Kontrolle der politischen Wortprogramme im Sinne der Besatzungsmacht war trotz des eklatanten Mangels an politisch zuverlässigem und fachlich qualifiziertem Personal schon ab Sommer 1945 sichergestellt. Zu diesem Zeitpunkt wurde

6 Mahle hat wiederholt darauf hingewiesen, dass er anfangs auch von sowjetischer Seite praktisch ohne Vorgaben habe arbeiten können; vgl. Boyle, Maryellen/Eichhorn, Alfred: Interview mit Hans Mahle. Auszüge aus einem Tonband-Protokoll. In: So durften wir glauben zu kämpfen ... Erfahrungen mit DDR-Medien. Hrsg. von Edith Spielhagen. Berlin: Vistas 1993, S. 29–54, hier S. 37 ff.; vgl. ferner Riedel, Heide (Hrsg.): Mit uns zieht die neue Zeit. 40 Jahre DDR-Medien. Berlin: Vistas 1993, 1. Workshop 17. Dezember 1991, Diskussionsbeiträge Mahle, S. 26 f.

7 Wolff nahm eine Doppelrolle als Rundfunkmitarbeiter und zugleich Mitarbeiter der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) ein und bezog das Gehalt eines sowjetischen Majors: Vgl. Galle, Petra: RIAS und Berliner Rundfunk 1945–1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges. Münster: Lit 2003, S. 223–226 sowie Foitzik, Jan: Remigranten in der Medienpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht. In: Zwischen den Stühlen? 2002, S. 93–114, hier S. 104.

eine regelmäßige Vorzensur durch sowjetische Kontrolloffiziere eingeführt.⁸ In anderen Programmbereichen sowie auf der administrativen und technischen Ebene war dies weit weniger der Fall. Zwar wurden viele der zunächst benötigten Techniker relativ schnell wegen ihrer nationalsozialistischen Belastung wieder entlassen. Aber in der Programmproduktion war belastetes Personal offenbar nur schwer zu ersetzen, wie verschiedene Fälle von Kontinuitäten zeigen. Mit dieser pragmatischen Personalpolitik erfüllte Mahle seinen Auftrag, möglichst schnell einen funktionierenden Rundfunk aufzubauen. Die inhaltliche Kontrolle der als relevant erachteten Beiträge oblag ohnehin der Besatzungsmacht. Zudem entsprach sein Vorgehen der allgemeinen politischen Linie während der sogenannten „antifaschistisch-demokratischen Phase“, in der die Integration der zersplitterten deutschen Gesellschaft und die Absicherung der Besatzungsherrschaft durch die Einbindung unterschiedlicher Gruppen und politischer Positionen im Vordergrund stand.⁹

Kontinuitäten gab es nicht nur in der Personalpolitik. Auch strukturell folgte der Rundfunk in der SBZ zunächst der alten Organisationform. Dies galt zum einen intern im Hinblick auf die Ressortaufteilung und die hierarchische Struktur der Sender mit einem Intendanten an der Spitze und Chefredakteuren und Ressortleitern darunter. Zum anderen betraf es den weiteren Aufbau des Rundfunks in Ostdeutschland. Anders als in der Sowjetunion wurde zunächst kein zentralistisches System geschaffen, sondern an die Vorkriegstradition regionaler Senderketten angeknüpft: einer „norddeutschen“ mit Berlin als Zentrum und Funkhäusern in Schwerin und Potsdam und einer „mitteldeutschen“ mit Leipzig als Leitstation. Die angeschlossenen regionalen Funkhäuser waren hier Dresden, Halle und Weimar.¹⁰ Zwar gab es Pläne für einen zentralisierten Drahtfunk nach sowjetischem Muster; sie ließen sich jedoch mangels Infrastruktur nicht umsetzen.¹¹

8 Zur sogenannten „Russischen Redaktion“ beim Berliner Rundfunk: Galle, RIAS und Berliner Rundfunk. 2003, S. 209–230.

9 Mahle, der auch Gustav Gründgens und Marianne Hoppe als freie Mitarbeiter im Hörspielbereich beschäftigte, hat nach 1990 darauf hingewiesen, dass ihm diese Politik parteiintern viel Kritik eingetragen habe; vgl. Boyle/Eichhorn, Interview. 1993, S. 32 f. Allerdings dürfte sich diese Erinnerung auf die frühen 1950er-Jahre beziehen, als ihm tatsächlich solche Vorhaltungen gemacht wurden.

10 Die Landessender waren verpflichtet, Nachrichten, Kommentare und andere Sendungen mit politischem Inhalt vom *Berliner Rundfunk* zu übernehmen. Fragen von „übergeordneter Bedeutung“ durften zunächst nur durch den Berliner Sender behandelt werden, die Landessender waren lediglich für die lokale und regionale Berichterstattung zuständig.

11 Classen, Christoph: Jamming the RIAS. Technical Measures against Western Broadcasting in East Germany (GDR) 1945–1989. In: *Airy Curtains in the European Ether*. Hrsg. von Alec Bade-

Schließlich dominierte auch im Programm die Kontinuität. Vor allem das Frühprogramm knüpfte nahtlos an die eskapistische, auf Ausblendung des schwierigen Alltags zielende Tendenz des Rundfunks in den letzten Kriegsjahren an. Aber auch andere Sendungen mit unterhaltendem Charakter orientierten sich unmittelbar an Vorläufern aus der Weimarer- und der NS-Zeit. Musikalische Unterhaltungssendungen wie Wunschkonzerte, die vor allem auf Schlagern, Operettenmelodien und „leichter Klassik“ basierten, prägten das Programm des *Berliner Rundfunks* ebenso wie schon in den 1930er- und 1940er Jahren. Der vergleichsweise hohe Musikanteil von rund 60 Prozent hing nicht zuletzt mit den begrenzten redaktionellen Kapazitäten zusammen und wurde durch die Nutzung des nach politischen Gesichtspunkten gesäuberten Schallarchivs der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG) ermöglicht. Eine klare Orientierung an sowjetischen Vorbildern oder am kulturellen Erbe der Arbeiterbewegung gab es in den ersten beiden Nachkriegsjahren nicht.

Im Bereich der Wortprogramme war die Kontinuität naturgemäß wesentlich geringer. Vor allem in den journalistischen Sendungen im engeren Sinne war die politische Erziehungsabsicht immer spürbar. Oft wurden einfach Artikel aus sowjetisch kontrollierten Tageszeitungen wie der „Täglichen Rundschau“ übernommen und verlesen. Aus Sicht der Redaktionen hatte dies gleich zwei Vorteile: Zum einen wurden die knappen personellen Ressourcen der Redaktionen geschont, zum anderen musste man keine Probleme mit der sowjetischen Zensur befürchten, wenn die Tageszeitung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) als Quelle genannt wurde. Bei den Kultur- und Literatursendungen handelte es sich dagegen um eine Mischung aus neu profilierten Zeitstücken und solchen, die sich formal und teilweise auch inhaltlich am kulturellen Erbe orientierten.¹²

In der Summe waren die Kontinuitätsmomente zum Rundfunk vor 1945 erheblich – eine Tatsache, die in den Erzählungen der Beteiligten oft verdeckt ist vom Pathos des Neuanfangs und dem radikalen politischen Bruch, den die Zäsur der Kapitulation und der sowjetischen Besatzungsherrschaft bedeutete.¹³ Dabei handelte es sich nicht ausschließlich um eine Folge der Sachzwänge, die sich aus dem Ziel ergaben, den Rundfunk so schnell wie möglich als Kommunikationsmittel

noch/Andreas Fickers/Christian Henrich-Franke. Baden-Baden: Nomos 2013, S. 321–346, hier S. 341 f.

¹² Dazu: Wagner, Hans-Ulrich: „Der gute Wille, etwas neues zu schaffen“. Grundzüge des Hörspielprogramms in Deutschland 1945–1949. Potsdam: Vbb 1997, S. 44 (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs; Bd. 11).

¹³ Vgl. Lektorat Rundfunkgeschichte (Hrsg.): Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere. Ausgewählte Erlebnisberichte. Bd. 1. 2. Aufl. Berlin 1985.

wiederherzustellen. Vielmehr entsprach diese Linie durchaus auch dem damaligen politischen Kurs, der auf die Einbindung bürgerlicher Kräfte in Staat und Gesellschaft setzte, um der sowjetischen Herrschaft Akzeptanz zu verschaffen.

Im Falle des *Berliner Rundfunks* wurde diese politische Grundtendenz noch durch einen Streit zwischen den Alliierten um die Kontrolle des Senders verstärkt. Denn nach dem Einmarsch der Westalliierten in Berlin Anfang Juli 1945 forderten diese unter Berufung auf den Viermächtestatus Berlins eine Beteiligung an der Kontrolle des Senders, eine Forderung, die seitens der sowjetischen Seite abgelehnt wurde. Eines der Argumente, mit denen sie die Ansprüche zurückwiesen, war, dass es sich nicht um einen sowjetisch beherrschten Sender handele, sondern dass hier von Deutschen ein überparteiliches Programm veranstaltet werde, das gar nicht in die Zuständigkeit der Alliierten Kommandantur falle. Formal war das korrekt, denn Sergej Tjulpanow, Leiter der Informationsabteilung der SMAD, hatte im Dezember 1945 die Verantwortung für das gesamte Rundfunkwesen in der SBZ der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVfV) unter dem Moskau-Emigranten Paul Wandel übertragen – und damit einer deutschen, protostaatlichen Institution. Dies änderte freilich nichts an der faktischen Kontrolle des Senders durch die Sowjets.¹⁴

Die Berufung von Max Seydewitz (1892–1987) zum Intendanten des *Berliner Rundfunks* und Nachfolger von Mahle im August 1946 lässt sich als Teil dieser Strategie interpretieren, den Sender als deutsche, überparteiliche Institution erscheinen zu lassen und ihn so der Mitkontrolle durch die Westalliierten zu entziehen. Denn Seydewitz war beileibe nicht typisch für die Gruppe der deutschen Kommunisten, die zu dieser Zeit Schlüsselpositionen innehatten. Dass er im Gegensatz zu seinem Vorgänger über keinerlei Rundfunkerfahrung verfügte, war nicht einmal ungewöhnlich – immerhin konnte er auf eine lange Karriere als politischer Publizist zurückblicken. Bemerkenswert war vielmehr, dass er kein Altkommunist war und bis weit ins bürgerliche Lager hinein Ansehen genoss. Bis 1932 hatte er als Sozialdemokrat für den Wahlkreis Chemnitz im Reichstag gesessen. Als Vertreter des linken Parteiflügels war er 1931 aus der SPD ausgeschlossen worden, weil er zur sogenannten Klassenkampf-Gruppe gehörte, die fortwährend die Unterstützung der Politik des konservativen Reichskanzlers Heinrich Brüning durch den Parteivorstand kritisierte und sich nicht an die Fraktionsdisziplin hielt.¹⁵ Auch

¹⁴ Zum Streit um die Viermächtekontrolle des Berliner Rundfunks ausführlich: Galle, *RIAS Berlin und Berliner Rundfunk*. 2003, S. 53–78, zur sowjetischen Kontrolle ebd., S. 82–90; zur Dominanz der Sowjets vgl. auch Foitzik, *Remigranten in der Medienpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht*. 2002, S. 101.

¹⁵ „Der Klassenkampf. Marxistische Blätter“ war ab 1927 eine theoretische Zeitschrift linker Sozialdemokraten, deren Chefredakteur und Mitherausgeber Seydewitz zeitweise war.

danach schloss er sich nicht der KPD an, sondern gründete zusammen mit Kurt Rosenfeld die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP), die als linke Abspaltung der SPD für eine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten eintrat und für einen „Dritten Weg“ zwischen der kompromissorientierten SPD und der stalinistischen KPD plädierte.¹⁶

Seydewitz war nicht nur ein ehemaliger Sozialdemokrat, er war auch nicht im Moskauer Exil gewesen, sondern hatte zunächst in Prag für die Exilpresse geschrieben, unter anderem für die „Neue Weltbühne“, bevor er 1938 über die Niederlande nach Norwegen und von dort 1940 nach Schweden gelangte, wo er wegen illegaler politischer Tätigkeit zeitweise interniert war. Dass er sich nach 1933 politisch der KPD anzunähern begann und an ihre Vertreter heimlich Informationen über die sozialdemokratischen Gruppen im Exil weitergab, in denen er und seine Frau Ruth sich bewegten, war nach außen nicht allgemein bekannt. Tatsächlich wurde er erst 1946 in der SBZ Parteimitglied der inzwischen mit der SPD zur SED vereinigten kommunistischen Partei. Zugleich hätte man ihm ohne sein verdecktes Engagement für die KPD im Exil wohl kaum die nun folgenden Funktionen anvertraut: Nach seiner Rückkehr nach Deutschland fungierte er kurzzeitig als Chefredakteur des SED-Theorieorgans „Einheit“, bevor er – offenbar zu seiner eigenen Überraschung – zum Berliner Intendanten berufen wurde. Sicherheitshalber wurde ihm mit Wilhelm Girnus ein linientreuer Altkader als stellvertretender Intendant zur Seite gestellt.¹⁷

Die Seydewitz zuge dachte Funktion, den *Berliner Rundfunk* nach außen als seriös, unabhängig und demokratisch erscheinen zu lassen, wird in einem Artikel deutlich, der einige Wochen nach seinem Amtsantritt im „Neuen Deutschland“ erschien. Dort hieß es, der Rundfunk müsse zwar „Partei ergreifen für die demokratische Erneuerung Deutschlands“, dürfe jedoch nicht „parteipolitisch“ sein. Dieser Programmatik folgend versprach der neue Intendant Pluralismus: In der Sendereihe „Die Tribüne der Demokratie“ würden „an Stelle des bisherigen toten ‚Monopolisierens‘ [...] Vertreter der verschiedenen politischen und weltanschaulichen Richtungen diskutieren können“.¹⁸

Mit Seydewitz war also nicht zufällig erstmals ein Westemigrant in eine so exponierte Position im Rundfunk gelangt. Allerdings blieb er damit in gewisser Weise seiner konspirativen Rolle im Exil treu: Während er nach außen für die

¹⁶ Auch der spätere Bundeskanzler Willy Brandt verließ 1931 die SPD und trat in die SAP ein.

¹⁷ Zu Seydewitz' Biografie und Berufung ausführlich: Kutsch, Arnulf: Rundfunk und Politik im Nachkriegs-Berlin. Der „Berliner Rundfunk“ 1946/47 und sein Intendant Max Seydewitz. In: Rundfunk und Geschichte 13, 1987, H. 3, S. 230–262.

¹⁸ H. B.: Aufgaben, Pläne und Programm des Rundfunks. Ein Gespräch mit Intendant Seydewitz. In: Neues Deutschland, 9.10.1946, S. 4.

Integration sozialdemokratischer Positionen und ein Bekenntnis zum politischen Pluralismus stand, hatte er sich hinter den Kulissen längst als loyaler Parteigenosse bewährt. Kein Wunder also, dass es in der Praxis mit der Liberalität nicht weit her war. Jedenfalls berichtete der Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann wenig später, Seydewitz persönlich habe sein Manuskript für eine Rede im *Berliner Rundfunk* zensiert. Eine Zusammenarbeit mit diesem Sender werde es daher seitens der Sozialdemokratie bis auf Weiteres nicht mehr geben.¹⁹ Die Verletzungen aus der Zeit des Exils sind im Hintergrund spürbar.

Eine solche Janusköpfigkeit zeichnete die sowjetischen Rundfunkpolitik in dieser Phase auch sonst aus. Denn Seydewitz' Vorgänger Mahle wechselte auf die neu geschaffene Position eines „Generalintendanten“, der allen Anstalten in der SBZ übergeordnet war. Neben der Bündelung administrativer Kompetenzen ging es dabei um effektivere politische und ideologische Anleitung. Dies kann als Schritt in Richtung Zentralisierung des Rundfunks verstanden werden, mithin zum genauen Gegenteil eines liberalen Pluralismus. Dahinter stand ein rein funktionales Verständnis des Mediums im Sinne der kommunistischen Propaganda- und Agitationstheorie: Der Rundfunk sollte (wie alle Medien) die kommunistische Politik unterstützen – und nichts anderes. Je stärker die westliche Konkurrenz wurde, sei es durch die Gründung eigener Rundfunkanstalten der Westalliierten in Berlin oder durch Wahlerfolge anderer Parteien als der SED, desto deutlicher trat dieses eindimensionale, politisch-funktionale Medienverständnis auch in der Praxis zutage.²⁰

2 Go West! – Ausbau der Westpropaganda als Konsequenz der deutschen Spaltung

Letztlich blieb die Ära Seydewitz beim Rundfunk jedoch nur eine Episode. Bereits nach einem Jahr wurde sein väterlich-seriöses Image an anderer, prominenterer

¹⁹ Vgl. Kutsch, *Rundfunk und Politik*, 1987, S. 253.

²⁰ Im Amerikanischen Sektor Berlins entstand der *Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS)*, der zunächst als *Drahtfunkdienst im amerikanischen Sektor (DIAS)* in deutscher Verantwortung gegründet wurde, bevor er in eine Einrichtung der amerikanischen Militärregierung überführt und auf terrestrische Verbreitung umgestellt wurde; die Briten richteten im August 1946 in Berlin ein Funkhaus des *Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR)* ein. Bei den Wahlen zur (Gesamt-) Berliner Stadtverordnetenversammlung im Herbst 1946 landete die SED abgeschlagen hinter SPD und CDU auf dem dritten Platz.

Stelle dringender benötigt.²¹ Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Chefredakteur und Leiter der Abteilung „Tagesfragen“ Heinz H. Schmidt (1906–1989) ernannt. Auch der 14 Jahre jüngere Kommunist war ein journalistisch erfahrener Westemigrant, der nach deutscher Haft zunächst ins Prager Exil gegangen und 1938 nach London geflohen war. Dort baute er zusammen mit anderen kommunistischen Flüchtlingen, darunter die mit ihm aus Tschechien emigrierte sogenannte Heinz-Schmidt-Gruppe, die publizistische Tätigkeit der KPD im Exil auf. Um eine Volksfrontpolitik gegen den Nationalsozialismus bemüht, gaben sich die Publikationen einen überparteilichen Anstrich. Die „Freie Tribüne“, deren Redaktion Schmidt in England leitete, war aus einer Zeitschrift der Freien Deutschen Jugend (FDJ) hervorgegangen und wurde 1943, nach der Gründung des NKFD in Moskau, zum inoffiziellen Organ der daran angelehnten, im Westen verbreiteten und ebenfalls kommunistisch dominierten „Freien Deutschen Bewegung“.²²

An der Berufung des England-Remigranten Schmidt auf die Berliner Intendanz lässt sich ablesen, dass damit zumindest nach außen noch kein offener Kurswechsel der Rundfunkpolitik verbunden war, auch wenn sich die Frage der Viermächte-Kontrolle mittlerweile erledigt hatte. Bei der Pressekonferenz zu seiner Vorstellung bekräftigte Schmidt den bereits von seinem Vorgänger formulierten Auftrag des Funks. In der „Berliner Zeitung“ hieß es dazu:

Er versicherte, daß der Sender unter seiner Leitung den Kampf gegen Nihilismus, Dezentralisation und auflösende Tendenzen in Deutschland fortsetzen werde, daß er aber nicht nur eine Waffe sein, sondern ein Stück des deutschen Lebens darstellen und den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Zonen ebenso fördern wolle, wie er die Verbindung mit der Stimme der Welt zu pflegen verspricht.²³

Mit anderen Worten: Neben der Propagierung des Sozialismus für Gesamtdeutschland sollten im Programm nach wie vor andere politische Positionen – auch aus den Westzonen – vorkommen. Zudem versprach er, stärker als bisher auf die Wünsche der Hörer einzugehen. Der immer offener ausgetragene Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten hinterließ jedoch auch im Rundfunk seine Spuren: An die Stelle gesellschaftlicher Integration trat als primäre Aufgabe

²¹ Seydewitz wurde Ministerpräsident des Landes Sachsen und blieb es bis zur Auflösung der Länder in der DDR 1952. Danach war auch er von den Repressionen gegen ehemalige Sozialdemokraten und Westemigranten betroffen und seine Karriere erfuhr einen deutlichen Knick. 1955 bis 1968 leitete er die Dresdener Kunstsammlungen.

²² Vgl. Hardt, Hanno/Hilscher, Elke/Lerg, Winfried B. (Hrsg.): *Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945*. München u. a.: K. G. Saur 1979, S. 236–240.

²³ *Berliner Zeitung* Nr. 232, 5.10.1947, S. 3.

des Rundfunks die möglichst breite Propagierung des Sozialismus – gerade auch in den Westzonen.

Die wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang war die Einrichtung eines „Zielgruppenprogramms“, das vorrangig für Hörer in den Westzonen gedacht war. Zu diesem Zweck baute Schmidt auf Anweisung von Tjulpanow ab Januar 1948 im Berliner Funkhaus den *Deutschlandsender* (DS) auf, der im Herbst 1948 über den (zuvor von den Sowjets genutzten) reichweitestarken Langwellensender in Königs Wusterhausen auf Sendung ging.²⁴ Offiziell firmierte der Sender als Stimme der westdeutschen KPD. Für das neue Programm wurde daher neues Personal benötigt, das über West-Kenntnisse verfügen musste, im besten Fall gepaart mit Rundfunkerfahrung. Als ehemalige Schlüsselfigur der kommunistischen Exilpresse im Vereinigten Königreich und in der in zahlreichen westlichen Ländern aktiven „Freien Deutschen Bewegung“ war Schmidt prädestiniert dafür, geeignete Personen zu rekrutieren.

Dies tat er. Aus dem britischen Exil mit Verbindungen zur FDJ kamen (wie er selbst) die jungen Redakteure Klaus Wilczynski und Alfred Fleischhacker, die als rassistisch Verfolgte mit den Kindertransporten nach England gelangt waren.²⁵ Ebenfalls dort gewesen war die sogenannte „Ascot Gruppe“, deutsche Kriegsgefangene, die nach dem D-Day im Kriegsgefangenenlager Ascot Park interniert waren, einem Lager für sogenannte „white POW's“ (also kriegsgefangene Gegner des Nationalsozialismus).²⁶ Sie erhielten eine Ausbildung beim *German Service* der *BBC* und arbeiteten anschließend dort für die Sendung „Hier sprechen deutsche Kriegsgefangene zur Heimat“, die anti-nationalsozialistische Propaganda für deutsche Hörer sendete.²⁷ Dazu gehörten die ehemaligen Wehrmachtssoldaten

²⁴ Der Name knüpfte an die Bezeichnung von Sendeanlagen bei Berlin an, über die bis 1945 Rundfunkprogramme auf Langwelle verbreitet wurden. Anfangs handelte es sich allerdings nur um einzelne exklusiv produzierte Sendungen, der Ausbau zu einer eigenen Station erfolgte erst nach und nach. Vgl. zur Geschichte in der DDR ausführlich: Arnold, Klaus: *Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR*. Münster: Lit 2002 (Kommunikationsgeschichte; Bd. 16).

²⁵ Vgl. Fleischhacker, Alfred/Stoecker, Holger (Hrsg.): *Das war unser Leben. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend in Großbritannien 1939–1946*. Berlin: Neues Leben 1996.

²⁶ Vgl. dazu Mayne, Richard: *In Victory, Magnanimity, in Peace, Goodwill. A History of Wilton Park*. London: Frank Cass 2003, S. 24.

²⁷ Ein wichtiger Protegé der Gruppe bei der *BBC* war der ehemalige KPD-Mann Eberhard Schütz (1911–1985), der sich angesichts der beginnenden stalinistischen Säuberungen 1938 aus dem Moskauer Exil nach London rettete und dort während des Krieges für den *German Service* der *BBC* arbeitete. Für diesen war er Korrespondent beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, bevor er in Deutschland Programmdirektor des *NWDR* wurde und später in Westberlin für

Karl-Eduard von Schnitzler, Karl-Georg Egel, Günther Cwojdrak und der Wirtschaftsexperte Karl Gass (der nicht in Ascot gewesen war). Alle vier hatten nach Kriegsende zunächst in der britischen Zone beim NWDR in Hamburg und Köln gearbeitet, waren jedoch 1947/1948 zum Rundfunk in die Ostzone gewechselt. Für die Leitung des NWDR in Hamburg war die Gruppe linker Journalisten zum Problem geworden. Unter anderem rief ihre Sympathie für die KPD konservative Kreise auf den Plan, die ihre Beiträge zum Anlass nahmen, den britischen „Chief Controller“ des NWDR, Hugh Greene, zu kritisieren und dessen Konzept eines parteiunabhängigen Rundfunks zu torpedieren.²⁸

In Ost-Berlin trafen von Schnitzler und seine Mitstreiter auf weitere Übersiedler aus den Westzonen, namentlich Herbert Gessner, ehemals Chefkommentator von *Radio München*, und Helmut Schneider, der von *Radio Frankfurt* gekommen war. Auch sie waren – in der US-amerikanischen Zone – mit ihren linken, dezidiert gegen die Integration von NS-Belasteten gerichteten Positionen angeeckt. Einige der Beteiligten kannten sich bereits näher, da sie 1945/46 als Korrespondenten für ihre damaligen Sender aus den verschiedenen Zonen über den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess berichtet hatten.²⁹ Unter der Leitung von Markus Wolf bestritten Gessner und Schneider gemeinsam mit von Schnitzler und Cwojdrak ab März 1948 das neue Diskussionsformat „Treffpunkt Berlin“.³⁰

Erster Chefredakteur des *Deutschlandsenders* wurde Leo Bauer (1912–1972).³¹ Bauer stammte aus einer ostgalizischen Handwerkerfamilie, die 1914 wegen eines antisemitischen Pogroms nach Chemnitz gezogen war. Während der Weltwirtschaftskrise, in deren Verlauf seine Familie verarmte, schloss sich Bauer zunächst

den RIAS und den *Sender Freies Berlin (SFB)* arbeitete. Vgl. Deutsches Rundfunkarchiv (Hrsg.): *Rückkehr in die Fremde? Remigranten im Rundfunk in Deutschland 1945 bis 1955. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung*. Berlin: Vistas 1999, S. 85–87.

²⁸ Wagner, Hans-Ulrich: *Das Ringen um einen neuen Rundfunk. Der NWDR unter der Kontrolle der britischen Besatzungsmacht*. In: *Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks*. Bd. 1. Hrsg. von Peter von Rüden/Hans-Ulrich Wagner. Hamburg: Hoffmann und Campe 2005, S. 13–84.

²⁹ Vgl. dazu: Diller, Ansgar/Mühl-Benninghaus, Wolfgang (Hrsg.): *Berichterstattung über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/1946. Edition und Dokumentation ausgewählter Rundfunkquellen*. Potsdam: Vbb 1998; Schneider, Christof: *Nationalsozialismus als Thema im Programm des Nordwestdeutschen Rundfunks (1945–1948)*. Potsdam: Vbb 1999.

³⁰ *Kulturnotizen*. In: *Neues Deutschland*, 13.3.1948, S. 3.

³¹ Vgl. zu Leo(pold) Bauer (d.i. Eliezer Lippa Ben Jossip David ha Cohen, Pseudonym: Rudolf Katz): Brandt, Peter/Schumacher, Jörg/Schwarzrock, Götz/Sühl, Klaus: *Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 1983; Arnold, Klaus: *Rückkehr nach Sibirien oder die Macht. Das Schicksal des KPD-Funktionärs, SPD-Politikers und Journalisten Leo Bauer*. In: *Deutsche Publizistik im Exil 1933 bis 1945. Personen – Positionen – Perspektiven*. Festschrift für Ursula E. Koch. Hrsg. von Markus Behmer. Münster: LIT 2000, S. 331–353 (*Kommunikationsgeschichte*; Bd. 11).

der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der SPD an, wechselte 1931 zur linken SAP und bereits 1932 zur KPD. Sein Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Berlin konnte er nach Hitlers Machtübernahme nicht beenden, sondern musste über Prag nach Paris fliehen. Dort unterstützte er im Rahmen der Volksfrontpolitik die Flucht von NS-Gegnern und Verfolgten. 1939 als „feindlicher Ausländer“ in Paris interniert, gelang ihm 1940 unter falscher Identität die Flucht in die Schweiz. Dort schrieb er Artikel für kommunistische Propagandaschriften und war Verbindungsmann der KPD nach Frankreich. Daraus ergaben sich enge Kontakte zu Lex Ende,³² dem KPD-Beauftragten in Marseille, und zu Noel Field, einem Amerikaner, der als Mitarbeiter einer Hilfsorganisation zahlreichen politisch Verfolgten zur Flucht verhalf. Wegen seiner politischen Aktivitäten wurde Bauer in der Schweiz erneut interniert und engagierte sich im Internierungslager Basse-court im Jura zusammen mit anderen dort internierten Genossen, darunter Bruno Goldhammer (1905–1971), in der Bewegung „Freies Deutschland“.³³ 1945 kehrte er nach Deutschland zurück und ließ sich in Frankfurt am Main nieder. Im Zuge der Landtagswahlen im folgenden Jahr wurde er Vorsitzender der KPD-Fraktion im hessischen Parlament, ein Amt, das er nach einem schweren Autounfall 1947 wieder aufgeben musste. Nach seiner Genesung arbeitete er bis zu seiner Berufung zum Chefredakteur im Frühjahr 1949 für die Westabteilung der SED und als freier Mitarbeiter für den *Deutschlandsender*.

In Ostberlin traf Bauer Bruno Goldhammer wieder, der, wie er, aus einer jüdischen Familie in Sachsen stammte und vor seiner Emigration in Dresden für die KPD-Zeitung „Arbeiterstimme“ gearbeitet hatte. Beide waren nach der Rückkehr aus der Schweiz Landtagsabgeordnete der KPD in der amerikanischen Zone geworden, Goldhammer in Bayern. Letzterer wurde 1948 zunächst Leiter der Nachrichtenabteilung des *Berliner Rundfunks*, dann Chefredakteur und 1949 stellvertretender Intendant.

Gleichzeitig mit der Bestätigung Bauers als Chefredakteur besetzte das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) zwei weitere wichtige Positionen mit altgedienten Kommunisten aus Westdeutschland: Willy Perk, ein KPD-Mann aus dem Ruhrgebiet, der während des Nationalsozialismus 11 Jahre im Zuchthaus und KZ gesessen hatte, wurde zu Bauers Stellvertreter ernannt. Und Hermann Zilles, vormals Erster Sekretär der KPD-Bezirksleitung im Rheinland, wurde Schmidt als

32 Lex Ende (d.i. Adolf Ende, 1899–1951) hatte für die illegale Leitung der KPD in Südfrankreich gearbeitet, später war er Mitglied der Résistance. Nach seiner Rückkehr in die SBZ wurde er 1946 Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ (ND). Im Herbst 1949 verlor er sein Amt, 1950 folgte der Ausschluss aus der Partei und die Abordnung in ein Hüttenwerk.

33 Vgl. Bergmann, Karl Hans: Die Bewegung Freies Deutschland in der Schweiz 1943–1945. München: Hanser 1974.

stellvertretender Intendant mit Zuständigkeit für den *Deutschlandsender* zur Seite gestellt. Zilles war nach der Emigration in den Niederlanden im Lager Hoek van Holland interniert und von dort nach der Besetzung an die Gestapo ausgeliefert worden.

In den künstlerischen Bereichen dagegen erachtete man offenbar eine langjährige enge Bindung an die KPD bzw. die Komintern für nicht ganz so wichtig. Jedenfalls wurde die Leitung der Hauptabteilung Künstlerisches Wort auf Schmidts Initiative Maximilian Scheer übertragen, einem linken, aber parteilosen Schriftsteller und Journalisten aus Köln, der 1933 zunächst in Frankreich und von dort in die USA emigriert war.³⁴ Nach seiner Rückkehr in die SBZ war er zunächst Chefredakteur der von Alfred Kantorowicz herausgegebenen Zeitschrift „Ost und West“, die für eine kulturelle Verständigung eintrat und wohl deshalb Ende 1949 ihr Erscheinen einstellen musste.³⁵ Die Musikabteilung des *Berliner Rundfunks* leitete ab 1949 Harry Goldschmidt, ein Schweizer Musikwissenschaftler, ebenfalls aus einer deutsch-jüdischen Familie, der während des Krieges Kontakte zu deutschen Exilanten-Zirkeln in der Schweiz hatte und dabei auch Noel Field kennengelernt hatte. Er war Mitglied der 1944 in der Schweiz gegründeten kommunistischen „Partei der Arbeit“ (PdA), einer Nachfolgeorganisation der verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS). Bis zu seinem Wechsel nach Berlin arbeitete er als Musikkritiker unter anderem für deren Organ „Vorwärts“.

Maximilian Scheer war keineswegs der einzige Rückkehrer aus den USA, der im Rundfunk Karriere machte. Alfred Zahn, der bereits während des Spanischen Bürgerkriegs Mitglied der von Gerhart Eisler geleiteten Redaktion des deutschen *Freiheitssenders* 29,8 in Madrid gewesen war, hatte in den USA für deutsche Emigrantenzeitschriften geschrieben, darunter die ebenfalls von Eisler geleitete „German American“. In der SBZ war er zunächst in der Journalistenausbildung tätig, bevor er 1947 Intendant des *Bezirkssenders Schwerin* wurde und danach Programmchef beim *Berliner Rundfunk* sowie Chefredakteur der Programmzeitschrift „Unser Rundfunk“. Hermann Budzislawski (1901–1978) war nach dem Krieg 1949/50 Kommentator beim *Mitteldeutschen Rundfunk*. Später sollte er als Gründungsdekan der Leipziger Fakultät für Journalistik zu einer Art Nestor des „sozialistischen Journalismus“ werden und in dieser Rolle eine gewisse Prominenz erlangen. Auch Budzislawski stammte aus einer jüdischen Familie. Obwohl in den 1930er Jahren noch SPD-Mitglied, stand er der KPD nahe und bot im Prager Exil als Chefredakteur

34 Autobiografisch: Scheer, Maximilian (d. i. Walter Schlieper): Ein unruhiges Leben. Erlebnisse auf vier Kontinenten. Berlin: Verlag der Nation 1975, S. 240 ff.

35 Vgl. Baerns, Barbara: Ost und West: Eine Zeitschrift zwischen den Fronten. Zur politischen Funktion einer literarischen Zeitschrift in der Besatzungszeit (1945–1949). Münster: Fahle 1968.

der „Neuen Weltbühne“ der moskautreuen Parteispitze ein Forum.³⁶ 1940 war er über Frankreich und Portugal in die Vereinigten Staaten gekommen und hatte sich dort als Ghostwriter für die bekannte New Yorker Kolumnistin und Deutschlandkennerin Dorothy Thompson betätigt, eine Rolle, die nach dem Krieg vor der Partei nicht leicht zu rechtfertigen war.³⁷

Politisch weit einflussreicher war freilich Gerhart Eisler (1897–1968),³⁸ der nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Juni 1949 Leiter des mit der Staatsgründung neu geschaffenen „Amtes für Information“ wurde. Diese Institution sollte die gesamte Informationspolitik in der DDR steuern, war also der Generalintendanz übergeordnet und stellte somit einen weiteren Schritt der Zentralisierung der medialen Öffentlichkeit in der SBZ bzw. DDR dar. Eisler kam aus einer großbürgerlichen jüdischen Familie und wandte sich – wie seine zunächst linksoppositionelle, später zur Renegatin gewandelte Schwester Ruth Fischer³⁹ – bereits früh der kommunistischen Partei zu. Der Komponist Hanns Eisler war ein Bruder. Für die Komintern war er schon Anfang der 1930er Jahre in den USA gewesen, im Spanischen Bürgerkrieg leitete er den *Deutschen Freiheitssender 29,8*. Während des Krieges in Frankreich interniert, gelang ihm 1941 die Flucht nach New York. Dort wurde er mehrfach wegen illegaler politischer Tätigkeit verurteilt. Im Zuge der antikommunistischen Welle nach dem gewonnenen Krieg bekam er in der amerikanischen Öffentlichkeit das Image einer Schlüsselfigur der angeblichen kommunistischen Unterwanderung des Landes. Von erneuter Verhaftung bedroht, floh er 1949 auf einem polnischen Dampfer aus den USA und ging in die SBZ.

Vor allem in den unteren Positionen musste der Rundfunk sogar auf Personen zurückgreifen, die bis 1945 weder eine Nähe zum Kommunismus noch journalistische Erfahrungen hatten. Zudem benötigte der *Deutschlandsender* mit seiner Ausrichtung auf die Westzonen ein Netz von Korrespondenten vor Ort, die dort allerdings konspirativ arbeiten mussten. Oft handelte es sich dabei um KPD-Mitglieder, die auf Vorschlag der örtlichen Parteigliederungen für das Radio im Osten berichteten. An der Qualität der Korrespondenten gab es immer wieder erhebliche

³⁶ Kessler, Westemigranten. 2019, S. 283.

³⁷ Er versuchte dies unter dem schlagkräftigen Titel „Ich war Amerikas berühmteste Frau“. In: Neues Deutschland, 28.11.1948, S. 5; vgl. Siemens, Daniel: Hinter der Weltbühne. Hermann Budzislowski und das 20. Jahrhundert. Berlin: Aufbau 2022.

³⁸ Friedmann, Ronald: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie. Berlin: Edition Ost 2007.

³⁹ Zu Fischer vgl. Keßler, Mario: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961). Köln: Böhlau 2013.

Zweifel, sowohl in fachlicher Hinsicht als auch hinsichtlich ihrer politischen Linientreue.⁴⁰

3 Von der offensiven Auseinandersetzung zum repressiven Diskurs: „Säuberungen“ im Rundfunk (1949 – 1953)

Die starke Ausrichtung des Rundfunks auf Westemigranten und -übersiedler hatte also sowohl strategische als auch pragmatische Gründe: Neben der West-Expertise gab es in dieser Gruppe auch eine Häufung journalistischer Kompetenz – zumal die Personaldecke an politisch zuverlässigem Personal im Sinne der SED-Spitze (also mit möglichst linientreuer, weit zurückreichender KPD-Vergangenheit) dünn war. Sie wurden gebraucht, um in der sich polarisierenden Öffentlichkeit des beginnenden Kalten Krieges klar den sozialistischen Standpunkt zu vertreten, und gleichzeitig begannen sich die Lager zu sortieren: Kommunisten sahen im Westen keine Perspektive mehr und gingen in den Osten, während liberal oder konservativ eingestellte Journalisten umgekehrt in die Westzonen wechselten. In der SBZ geschah das oft nicht freiwillig: Über die Verwendung der Kader bestimmte ohnehin die Partei, und in Berlin bekamen die Mitarbeiter des Rundfunks die ultimative Aufforderung, bis zum 1. April 1950 in den Ostteil der Stadt umzuziehen, andernfalls drohe die Kündigung. Diese Frist musste allerdings wegen Personalmangels zweimal verlängert werden und endete erst Ende 1951. Zahlreiche Freie Mitarbeiter kamen jedoch auch danach noch aus dem Westen der Stadt. Bereits im Frühjahr 1948 hatte der sowjetische Major und Chef der Abteilung Radiopropaganda, Wladimir G. Mulin, die deutsche Leitung des Rundfunks ermahnt: Das Personal müsse sowohl fachlich als auch politisch „einwandfrei sein, indem er für das neue Deutschland mit Herz und Seele eintritt“. Darauf solle nicht nur bei Neueinstellungen geachtet werden, sondern er riet auch zur Überprüfung der bereits beim Rundfunk Beschäftigten: „Wir brauchen solche Leute, die mit uns mitmachen wollen und nicht gegen uns sind.“⁴¹

In Appellen wie diesem zeigt sich, dass die Herausbildung der beiden Lager des Kalten Krieges nicht zuletzt auch den Druck nach innen erhöhte. Ging es für die Kommunisten in der SBZ zunächst vor allem darum, sich nach außen gegen ehe-

⁴⁰ Arnold, *Kalter Krieg*. 2002, S. 241 ff.

⁴¹ Aktennotiz über die am Donnerstag, den 25. März 1948, in Grünau stattgefundene Intendantenkonferenz; DRA Potsdam, Historisches Archiv, F 201–00–00/0001 (Protokolle der Intendanten- und Chefredakteurstagungen 1946–Juli 1950). Bl. 29–59.

malige Nationalsozialisten und Bürgerliche durchzusetzen, so stand Ende der 1940er Jahre die innerparteiliche Verpflichtung auf einen Sozialismus sowjetischer Prägung im Vordergrund. Die relative Offenheit, die nach dem Krieg zunächst auch einen „nationalen Weg“ zum Sozialismus möglich erscheinen ließ, fand ein jähes Ende. Ihr prominentester Vertreter, der Westemigrant Paul Merker, verlor seine Ämter in der Parteiführung.⁴² Der Kampf gegen den „Titoismus“ wurde zur Chiffre für die frühen Repressionen. Gegen die zahlenmäßig starke Gruppe der ehemaligen Sozialdemokraten richtete sich der Vorwurf des „Sozialdemokratismus“, als linksoppositionell verdächtige Parteimitglieder wurden des „Trotzkismus“ bezichtigt, andere galten als „imperialistische Spione und Agenten“. Jede Form von Abweichung, mangelnder Unterordnung oder auch nur „verdächtigen“ Kontakten konnte von nun an gefährlich werden – auch wenn sie mehr als zwei Jahrzehnte zurücklag. Voraussetzung dafür war der Umbau der SED zu einer „Partei neuen Typs“, in deren Zentrum ein Kontrollapparat nach sowjetischem Vorbild stand. Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) nahm im September 1948 ihre Arbeit auf.⁴³

Auf sowjetischen Druck hin fanden ab 1949 zunächst in Albanien, dann in Ungarn und der Tschechoslowakei Schauprozesse gegen sogenannte „Titoisten“ statt, um die nationalen Parteien zu disziplinieren. Der Prozess in Ungarn im Herbst 1949 gegen den ehemaligen Innenminister Lázló Rajk sowie andere führende Parteifunktionäre hatte unmittelbare Wirkung auf die eben erst gegründete DDR. Nur wenige Tage nach der Vollstreckung des Todesurteils gegen Rajk Mitte Oktober beschloss das Politbüro die „Durcharbeitung der Lehren aus dem Rajk-Prozeß“⁴⁴ und pauschal die „Überprüfung der Genossen aus der westlichen Emigration und Kriegsgefangenschaft“.⁴⁵

Im Rundfunk zeitigte dies unmittelbare Konsequenzen: In derselben Sitzung wurde Heinz Schmidt, der Intendant des *Berliner Rundfunks* und des *Deutschlandsenders*, wegen „nationalistischer Überheblichkeit“ und „englischer Krankheit“ seines Amtes enthoben. Die „parteimäßige Untersuchung“ übertrug das Po-

42 1952 wurde er unter der Anschuldigung verhaftet, ein französischer Spion zu sein. Der geplante Schauprozess, in dem er zeitweise zum Hauptangeklagten auserkoren war, fand allerdings nach Stalins Tod nicht mehr statt. Vgl. dazu: Kießling, Wolfgang: Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker. Berlin: Dietz 1994.

43 Klein, Thomas: „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln u. a.: Böhlau 2002.

44 Protokoll Nr. 58/49 des Sekretariats des Politbüros vom 21. Oktober 1949. SAPMO-BARCH DY 30/IV 2/3/58.

45 Protokoll Nr. 51 der Sitzung des Politbüros des Parteivorstandes vom 18. Oktober 1949. SAPMO-BARCH DY 30/IV 2/2/51.

litbüro der ZPKK, zugleich wurde eine Versammlung der Parteiorganisation angeordnet, in der eine „gründliche Auseinandersetzung mit den Fehlern“ stattfinden sollte. Darüber hinaus seien „alle Mitarbeiter, die in der englischen Emigration waren“ zu entlassen und alle Angestellten im Berliner Rundfunkapparat durch die Kaderabteilung zu überprüfen. Zugleich erhielten zahlreiche leitende Mitarbeiter eine „strenge Rüge“ wegen „ideologischer Sorglosigkeit“ (darunter Chefredakteur Goldhammer) und der Rundfunk wurde direkt dem neuen Amt für Information unterstellt. Nachfolger von Schmidt wurde der eingangs zitierte Moskau-Emigrant Heiß.⁴⁶

Bereits kurz zuvor hatte Hermann Axen,⁴⁷ ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, im Politbüro „über nationalistische Abweichungen und die falsche Kaderpolitik im Berliner Rundfunk“ informiert.⁴⁸ Was damit gemeint war, lässt sich den Ausführungen Gerhart Eislers entnehmen, die er in seiner „Antrittsrede“ als Leiter des Amtes für Information und durch Beschluss des Politbüros nun oberster Chef des Rundfunks vor den versammelten Intendanten und Chefredakteuren zur Entlassung Schmidts hielt: Unter dessen Intendanz habe das Programm „eine Reihe von gefährlichen politischen Schwächen“ gezeigt. So habe Schmidt in einem politischen Kommentar versucht, „die Bedeutung des Rajk-Prozesses für Deutschland abzuschwächen“. Die „feindliche Propaganda“ sei nicht genug bekämpft worden, stattdessen sei „englische Objektivitätsservilität“ an der Tagesordnung gewesen:

Wenn gesagt wird, dass es nötig ist, die feindliche Propaganda zu bringen, um objektiv zu sein, so sind wir nicht der Meinung, dass man alle Seiten hören muss. Wir sind der Meinung, dass unsere Seite die richtige ist. [...] Wenn nun aber gesagt wird, dass jetzt die Zeit gekommen sei, wo Holzhammerpolitik gemacht wird, so kann ich darauf nur sagen: Der Holzhammer spielt in der technischen Entwicklungsgeschichte eine grosse [sic!] Rolle. Auf den Feind sollen wir schlagen, mindestens mit dem Holzhammer.⁴⁹

Jegliche Ansätze von Pluralismus und (konstruktiver) Kritik an der Politik in der SBZ, wie sie bis dahin im Rundfunk noch möglich gewesen waren, wurden damit endgültig unterbunden. Im Mittelpunkt stand nun die Propagierung der Sowjet-

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Hermann Axen (1916–1992) war nach der Internierung in Südfrankreich 1940 an die Gestapo ausgeliefert worden und überlebte den Nationalsozialismus im KZ, zuletzt als Mitglied der kommunistischen Lagerleitung in Buchenwald.

⁴⁸ Protokoll Nr. 57/49 des Sekretariats vom 17. Oktober 1949. SAPMO-BARCH DY 30/J IV 2/3/58.

⁴⁹ Protokoll der Intendanten-Tagung am 21. und 22. November 1949; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201–00–00/0001 (Protokolle der Intendanten- und Chefredakteurstagungen 1946 – Juli 1950), Bl. 142–163, hier Bl. 143.

union als Vorbild – Personenkult um Stalin inklusive. Schmidt und seine westlich orientierte Führungsriege waren diesem Kurswechsel nur unzureichend gefolgt, auch weil sie mehrheitlich ein anderes Medienverständnis vertraten und allzu plumpe Propaganda eher für kontraproduktiv hielten.⁵⁰ Um die disziplinierende Wirkung der Maßnahme sicherzustellen, wurden in der vom Politbüro angeordneten Sitzung der Parteigruppe vor rund einhundert Funktionären die „Fehler“ im Rundfunk ausgebreitet. Hermann Axen, im Zentralkomitee für Agitation zuständig, ließ dabei keinen Zweifel an der eigentlichen Botschaft:

Ich vermisste, daß die Genossen genügend Aufmerksamkeit den Worten geschenkt haben, die ich nur angedeutet habe mit der Erwähnung des Rajk-Prozesses [. . .] Es geht in diesem Falle am wenigsten um den Genossen Heinz Schmidt, sondern es geht um die Frage der Partei, der Partei neuen Typus, um die Frage der Abwehr aller feindlichen Kräfte, auch jener ideologischen Infiltration des Feindes, die man auf den ersten Blick als solche nicht erkennen kann. Denn der Gegner wird, wie der Rajk-Prozeß und die Moskauer Prozesse bewiesen haben, nicht offen auftreten, sondern mit Leuten, die nach außen scheinbar Verdienste um die Arbeiterbewegung errungen haben.⁵¹

Vor dem Hintergrund des sowjetischen Drucks, den „Titoismus“ endlich auch in der DDR entschieden zu bekämpfen, spielten neben personellen und programmatischen Gründen auch strukturelle Aspekte eine wesentliche Rolle. Denn die Unzufriedenheit der Parteiführung mit dem Rundfunk war groß und anhaltend.⁵² Der *status quo* ließ deren Versuche, den Rundfunk ganz in ihren Dienst zu stellen, nämlich nicht ohne Weiteres zu. Problematisch war insbesondere, dass die politischen Anleitungsstrukturen durch die Partei bisher wenig effizient waren. Das lag daran, dass sich die Sowjets seit dem Frühjahr 1949 aus der inhaltlichen Kontrolle zurückzogen und die Vorzensur durch ihre Kontrolloffiziere bis zum Sommer schrittweise einstellten. Solange sie die eigentliche Kontrolle ausgeübt hatten,

⁵⁰ Schmidt hatte sich, so die Vorwürfe nach seinem Sturz, der Gründung einer separaten Redaktion für „Fragen der Volksdemokratien“ und der Einführung russischen Sprachunterrichts im Rundfunk verweigert. Zudem war er vor seiner Ablösung mit einem sowjetischen Kontrolloffizier in Konflikt geraten, was ihm nun den Vorwurf „nationalistischer Überheblichkeit“ einbrachte. Letzter Auslöser für Schmidts Sturz war vermutlich eine Denunziation des Kommentators Markus Wolf, im Funkhaus zirkulierende „antisowjetische“ Literatur aus Jugoslawien. Vgl. Galle, RIAS Berlin. 2003, S. 161 f.

⁵¹ Stenografische Niederschrift über die Sitzung des erweiterten Parteiaktivs der SED-Betriebsgruppe im Berliner Rundfunk vom 30.10.1949. SAPMO-BARCH DY 30/ IV 2/1.01/125.

⁵² Sie lässt sich etwa dem Referat Walter Ulbrichts auf einer Intendanten-Tagung 1949 entnehmen: „Die Aufgaben des Rundfunks bei der Durchführung der Beschlüsse der Parteikonferenz“. Überarbeitetes Protokoll der Intendanten-Tagung am 24.3.1949. DRA Potsdam, F 201–00–00/001, Bl. 93–101.

brauchte es dafür keine deutschen Stellen. Letztere waren – wie die Generalintendanz unter Mahle – entweder relativ machtlos, oder befanden sich noch im Aufbau – so die Abteilung Agitation unter Hermann Axen.

Dieses Machtvakuum schuf besonders für den traditionell einflussreichen Berliner Intendanten Freiräume, die Schmidt weidlich genutzt hatte.⁵³ Nach dessen Sturz waren die Mitarbeiter verunsichert: „Seitdem die sowjetischen Kontrolloffiziere nicht mehr da sind, schwimmen wir. [...] Wir haben immer das unbehagliche Gefühl, wer die letzte Instanz ist.“⁵⁴ Angesichts des Drucks, dem sich die Verantwortlichen unvermittelt ausgesetzt sahen, kritisierten sie die fehlenden Vorgaben durch Partei und Regierung. Die Redakteurin Edith Hauser, die vom Politbüro namentlich wegen „ideologischer Sorglosigkeit“ bei der Programmkontrolle gerügt worden war, verlangte vom Amt für Information „Anweisungen“, damit es in Zukunft möglich sei, „im Sinne der Regierung zu kritisieren“. Gerhart Eisler stellte in seiner Antwort unmissverständlich klar, dass jegliche Kritik das Ende der Karriere bedeuten konnte: „Jede Kritik [...] ist verantwortlich. Wer eine Kritik macht, muss auch den Kopf dafür hinhalten.“⁵⁵ Dass nun mit dem Amt für Information und der Abteilung Agitation eine staatliche und eine Partei-Instanz entstanden, deren Kompetenzen sich überschnitten, machte die Sache nicht besser.

Die Entlassung Schmidts und die Maßregelung einiger leitender Mitarbeiter des *Berliner Rundfunks* und des *Deutschlandsenders* bildeten nur den Auftakt zu den nun folgenden personellen Säuberungen im Rundfunk. Im Oktober 1949 war auf Veranlassung der ZPKK-Leitung eine Kommission eingerichtet worden, die alle Verbindungen von Parteimitgliedern zu Noel Field überprüfen sollte. Der Hintergrund war, dass der Amerikaner Field im Rajk-Prozess zu einem US-amerikanischen Superspion stilisiert worden war. Dies entsprach zwar nicht den Tatsachen,⁵⁶ aber als ehemaliger Mitarbeiter des US-State Departments und Fluchthelfer von zahlreichen Westemigranten, die in mehreren kommunistischen Ländern mittlerweile hohe Positionen bekleideten, stellte er eine ideale Projektionsfläche für solche paranoiden Vorstellungen eines weitverzweigten amerikanischen Agentennetzes innerhalb der Partei dar.

53 Schmidt hatte sich durch seinen undiplomatischen Führungsstil und seine fehlende Bereitschaft, sich an (finanzielle) Vorgaben zu halten, sowohl intern als auch bei deutschen und sowjetischen Stellen viele Gegner gemacht.

54 Protokoll der Intendanten-Tagung am 21. und 22. November 1949.

55 Ebd.

56 Der überzeugte Kommunist Field lieferte im Gegenteil ab 1935 Berichte für den sowjetischen Geheimdienst, für die CIA war er dagegen nie tätig; vgl. Barth, Bernd-Rainer/Schweizer, Werner (Hrsg.): *Der Fall Noel Field*. Bd. 1: Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa – Gefängnisjahre 1949–1954. Berlin: BasisDruck 2005.

Das erste prominente Opfer war der Leiter der Musikabteilung, Harry Goldschmidt. In einem Bericht über Maßnahmen nach der Entlassung Schmidts hatte es zunächst geheißt, die „amerikanische Dekadenzmusik“ sei „Gegenstand der heftigsten Kritik“ gewesen, daher sei mit Goldschmidt „die sofortige Ausmerzung der amerikanischen Jazzmusik“ festgelegt worden.⁵⁷ Kurz darauf, noch im Februar 1950, hieß es, Goldschmidt sei „von seinem Posten entfernt“ worden – angeblich erfuhr der Betroffene aus der Presse von seiner Entlassung, auch die Leitung des Rundfunks soll nicht informiert gewesen sein.⁵⁸ Ob seine Verbindung zu Noel Field in der Schweiz den Ausschlag dafür gegeben hat oder ob die Verbannung des Jazz aus dem Programm nicht schnell genug geschah, muss bis auf Weiteres offen bleiben.

Die Zahl von 627 entlassenen Mitarbeitern der beiden Berliner Sender, die der neue Intendant Heiß in seinem eingangs bereits zitierten Memorandum vom Juni 1950 nannte, um gegenüber der Parteispitze sein konsequentes Durchgreifen gegen die Parteifeinde herauszustellen, ist freilich nicht allzu ernst zu nehmen. Dabei handelte es sich überwiegend um weniger exponierte, parteilose Mitarbeiter, die den Funk unter dem zunehmenden politischen Druck und wegen der Bezahlung in Ostwährung mehr oder weniger freiwillig verlassen hatten.⁵⁹

Heiß' vorsorgliche Distanzierung von seinen leitenden Mitarbeitern war jedoch nicht umsonst. Wenige Wochen danach, im August 1950, trafen die „Säuberungen“ die beiden Berliner Chefredakteure Leo Bauer und den schon im Zusammenhang mit der Entlassung Schmidts gerügten Bruno Goldhammer. Beide wurden verhaftet und aus der Partei ausgeschlossen. Bauer wurde 1952 wegen Spionage und Agententätigkeit von einem sowjetischen Tribunal zum Tode verurteilt, Goldhammer später zu zehn Jahren Zuchthaus.⁶⁰ Diesmal spielte die enge Verbindung zu Field und dessen (ebenfalls verhaftetem) Freund Merker während ihrer konspirativen Verbindungen in Frankreich bzw. der Schweiz die entschei-

57 Bericht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Rundfunkarbeit, 3. Februar 1950; Axen an Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Matern und Eisler. DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201–00–00/0006.

58 Zit. nach Walther, Gerhard: Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bonn: Deutscher Bundes-Verlag 1961, S. 55.

59 Heiß, Zur Lage im Berliner Funkhaus. 1950.

60 Beide wurden später zu Zwangsarbeit begnadigt. Bauer kam 1955 frei und wurde in die Bundesrepublik abgeschoben. Dort schrieb er für den „Stern“ und wirkte später als Berater für Willy Brandt. Goldhammer, der – was ihn möglicherweise zusätzlich belastete – vor der Emigration mit Herbert Wehner befreundet war, wurde 1956 rehabilitiert und arbeitete danach wieder als Journalist in der DDR.

dende Rolle.⁶¹ Ähnlich wie bei Schmidt traf es allerdings zumindest im Falle Bauers einen eigensinnigen, schwer zu disziplinierenden Westemigranten, der eine gewisse Eigenständigkeit für sich reklamierte: Er bestand darauf, den *Deutschlandsender* primär an der Perspektive der KPD in Westdeutschland auszurichten, weniger an den Vorgaben der Agitationskommission oder des Amtes für Information. Dies hatte ihn seit Längerem in Konflikt zu seinen Vorgesetzten gebracht, namentlich zu Intendant Heiß sowie zu Axen als Chef der Agitationskommission.⁶²

Im Frühjahr 1950 wurde die Hauptabteilung Personal der Berliner Sender neu organisiert und von einer reinen Verwaltungsorganisation zu einem Disziplinierungsinstrument umgeformt. Ein Jahr später trat mit Otto Faust ein neuer Personalleiter sein Amt an, dem nicht nur nachgesagt wurde, vom ZK der SED eingesetzt worden zu sein, sondern der auch sogenannte Personalreferenten zur Überwachung der Mitarbeiter einsetzte.⁶³ Von einem Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) wegen seiner rigiden Entlassungspraxis kritisiert, rechtfertigte Faust im Herbst desselben Jahres sein Vorgehen damit, „30 Agenten und solche, die mit ihnen engste Verbindung hatten, entlarvt und entlassen“ zu haben. Noch immer gebe es im Rundfunk jedoch „Freunde und engste Mitarbeiter der Agenten Goldhammer und Bauer“, sowie „eine starke, über 200 Mann zählende Konzentration von Leuten, die aus amerikanischer, englischer, französischer Emigration und Kriegsgefangenschaft kamen und zum Teil in diesen Ländern Schulen besuchten.“ Diese Situation, so Faust, müsse vor dem Hintergrund der Lage des Funkhauses im britischen Sektor gesehen werden, „also von Feinden umgeben“. Dadurch ergebe sich für den „Feind die Möglichkeit, direkt unter uns zu sein, die Aufträge zu verteilen und durchzuführen.“⁶⁴ Tatsächlich war die Lage des Funkhauses in der Masurenallee mitten im britischen Sektor Berlins problematisch geworden, vor allem weil man auf die Versorgung mit Strom und Wasser aus West-Berlin angewiesen war und die Sendungen durch den Westteil der Stadt zum Sender übermittelt werden mussten.⁶⁵ Die exponierte Lage – und natürlich die

61 Bauer wurde vorgeworfen, durch Fields Vermittlung als Agent des amerikanischen Militärgeheimdienstes OSS angeworben worden zu sein, Goldhammer sei „[e]iner der ältesten Bekannten“ Fields und von diesem in der Schweiz materiell besonders privilegiert worden. Vgl. Ermittlungsbericht vom 21.10.1950. Betrifft: Liste der Personen, die Verbindung zu dem Amerikaner FIELD, zum OSS und zu anderen Amerikanern hatten. BArch Berlin, Zur Tätigkeit der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK), DY 30/ 3370.

62 Arnold, Rückkehr nach Sibirien. 2002, S. 347; Arnold, Kalter Krieg. 2002, S. 260.

63 Bericht über die am 3.9.1951 im Funkhaus Masurenallee abgehaltene Gewerkschaftsversammlung, 8.9.1951; BArch, DR 6/316.

64 Ebd.

65 Im Sommer 1952 riegelte britische Militärpolizei das Funkhaus schließlich ab.

reale Existenz westlicher Spionage – verstärkte offenbar eine paranoide Stimmung, in der Maßnahmen gegen vermeintliche Agenten schnell pogromartige Züge annehmen konnten.

Dass dies nicht nur Westemigranten betraf, zeigt der Fall von Generalintendant Mahle, der im Juli 1951 abgesetzt wurde, obwohl er als Mitglied der Gruppe Ulbricht zum engsten Kreis der Moskauer Emigranten gehört hatte. Auch ihm wurde „Verletzung der revolutionären Wachsamkeit“ vorgeworfen, ferner habe er „mit dem Klassenfeind kooperiert“ und er wurde ebenfalls der Spionage verdächtigt. Inzwischen konnte offenbar jeder Westkontakt als Vorwand für Disziplinarmaßnahmen herhalten.⁶⁶ Denn letztlich fiel Mahle dem unauflösbaren Widerspruch zwischen dem Anspruch der Partei an den Rundfunk und den Interessen der Hörer zum Opfer. Während die Partei im Rundfunk ein Instrument zur möglichst direkten Vermittlung ihrer aktuellen Politik sah, erwarteten die Hörer vor allem Unterhaltung und Entspannung.⁶⁷ Die Repressionen und Disziplinierungsmaßnahmen hatten zur Folge, dass die Rundfunkmitarbeiter nahezu widerstandslos den Forderungen nachkamen, alle Reden, Beschlüsse und Inhalte des Regierungsprogramms in voller Länge und mit möglichst häufigen Wiederholungen ins Programm zu nehmen, selbst wenn dafür das Programmschema durchbrochen werden musste. Kaum jemand wollte sich dem Vorwurf „mangelnder ideologischer Klarheit“ oder des „Praktizismus“ aussetzen, der anderenfalls von Parteifunktionären aus der Agitationsbürokratie und den Planungs- und Kontrollabteilungen erhoben wurde und der leicht den Verlust des Arbeitsplatzes oder Schlimmeres zur Folge haben konnte.

Diese Programmpolitik führte zu ständigen Programmänderungen und einem starken Anstieg des Wortanteils auf weit über die Hälfte des Gesamtprogramms. Beides hatte einen massiven Popularitätsverlust des DDR-Rundfunks zur Folge, der sich auch deutlich in der Hörerpost artikulierte. Mahle kritisierte diese kontraproduktive Programmpolitik, konnte sich aber zugleich den Anordnungen der Partei nicht entziehen. Wiederum kamen strukturelle Aspekte hinzu: Die Kompetenzen der Generalintendanz zwischen der Abteilung Agitation unter Axen, dem Amt für Information unter Eisler und der nach wie vor mächtigen Intendanz der Berliner Sender (Heiß) waren nicht klar abgegrenzt. Mahles ursprüngliche Funktion als Vermittlungsinstanz zwischen sowjetischen Vorgaben und der deutschen Seite war dagegen mit dem Rückzug der Sowjets aus der praktischen Rundfunkpolitik weitgehend obsolet geworden. Das machte es seinen Gegnern leicht, ihn

⁶⁶ Vgl. Riege, *Einem Traum verpflichtet*. 2003, S. 288; Leonard, Wolfgang: Spurensuche. Vierzig Jahre nach Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln: KiWi 1992, S. 279 f.

⁶⁷ Classen, Christoph: Captive audience? GDR radio in the mirror of listeners' mail. In: *Cold War History* 13, 2013, H. 2, S. 239–254.

sowohl für die Schwierigkeiten bei der Unterordnung des Rundfunks unter die Partei als auch für die daraus resultierende wachsende Unzufriedenheit der Hörer mit dem Programm verantwortlich zu machen – so paradox dies auch war.⁶⁸

Im Zuge der Ende 1950 beschlossenen Überprüfungen aller Parteimitglieder gab es weitere „Säuberungen“, in deren Folge die Konzentration von Westexperten und -emigranten endgültig beseitigt wurde. Zunächst betraf dies neben Bauer und Goldhammer nur einige leitende Mitarbeiter. Dazu gehörten der Programmdirektor des *Deutschlandsenders*, Karl-Georg Egel, und der Leiter der gemeinsamen Wirtschaftsredaktion beider Berliner Sender, Karl Gass, die Mitte 1950 ihre Anstellung beim Funk verloren. Vergleichsweise glimpflich kam der Kommentator Karl-Eduard von Schnitzler davon: Er wurde für ein Jahr an die Landespartei-schule in Liebenwalde delegiert.⁶⁹ Von Schnitzler, Egel, Gass und der Leiter der Literaturabteilung, Günther Cwojdrak, waren als Mitglieder der sogenannten „Ascot-Gruppe“ besonders verdächtig. Denn die Parteikontrollkommission betrachtete die ehemaligen Kriegsgefangenen- und Umerziehungslager Ascot Park und Wilton Park als „Agenten-Schule[n]“⁷⁰; entsprechend kritisch erschien die enge Zusammenarbeit dieser Kollegen, die sich bereits aus der Kriegsgefangenschaft oder aus den Westzonen kannten.⁷¹

Mit Ausnahme des stellvertretenden Chefredakteurs des *Deutschlandsenders*, Heinz Geggel, der zunächst in Frankreich und dann auf Kuba im Exil gewesen war, wurden die noch verbliebenen Westemigranten bis Anfang 1953 aus ihren leitenden Positionen entfernt oder mussten den Funk sogar ganz verlassen. 1952 waren darüber hinaus mehrere Redakteure ohne leitende Aufgaben betroffen (darunter Klaus Wilczynski), die als vermeintliche „Arbeiterfeinde“ ad hoc von ihren Ar-

68 Bereits 1950, nach der Entlassung Schmidts und der Unterordnung der Generalintendanz unter das Amt für Information, hatte Mahle wiederholt Selbstkritik üben müssen, weil die Sender nicht perfekt als Transmissionsriemen der Regierungspolitik funktionierten.

69 Arnold, *Kalter Krieg*, 2002, S. 255 f.

70 BArch Berlin, Gesichtspunkte zur Charakterisierung der westlichen Kriegsgefangenschaft, o. J. (1950), DY 30/ 3373, Bl. 41.

71 Beschönigend hieß es dazu noch ein Jahrzehnt später: „U. a. gab es die Gruppe der ehemaligen Mitarbeiter westlicher Rundfunkstationen, besonders des NWDR (Karl Gass, Karl Eduard v. Schnitzler, Herbert Gessner, Helmut Schneider u. a.). Obwohl jeder für sich eine gute Arbeit leistete, wirkte sich ihre Konzentration zum Nachteil aus. Hinzu kam, dass ein großer Teil dieser Mitarbeiter Absolventen von Ascot oder Wiltonpark waren. Die Konzentration wurde aufgelöst, jedoch dafür gesorgt, dass ihre Fähigkeiten dem Rundfunk weiterhin zur Verfügung standen. Sie erhielten keine leitenden Funktionen.“ Bericht über die Kaderarbeit im Deutschen Demokratischen Rundfunk, 27. Oktober 1961, S. 11; BArch DR 6/ 218. Noch Mitte der 1980er Jahre wurde von der Staatssicherheit im Umfeld von Schnitzlers unter ehemaligen Ascot-Häftlingen nach einem Agenten gesucht.

beitsplätzen verwiesen und vom Betriebsschutz aus dem Haus geführt wurden.⁷² Auch die Westkorrespondenten in der Bundesrepublik wurden fast vollständig ausgetauscht. Selbst Schmidts Stellvertreter Hermann Zilles, der ihm ursprünglich als „Aufpasser“ zur Seite gestellt worden war, musste seine Funktion abgeben und wurde strafversetzt. Nach der Enttarnung einer angeblichen amerikanischen Agentin verlor er auch seine „Bewährungsposition“. Unter anderem wurden seine „faulen liberalistischen Auffassungen“ gerügt.⁷³

Als einer der Entlassenen Ende 1952 seine Wiedereinstellung forderte und das ZK dazu eine Stellungnahme der Betriebsparteiorganisation anforderte, bekräftigte ein Nachwuchsredakteur noch einmal die negative Sicht auf die Westemigranten:

Man sollte die Genossen im ZK darauf hinweisen, was es für Menschen sind: Kleinbürger, Tendenz der Überheblichkeit, keine oder geringe Teilnahme am Parteilehrjahr, keine ideologische Festigung, englische Emigration, moralische Verfehlungen. [...] Wir sind der Meinung, dass man diesen Genossen nicht helfen kann, indem man sie wieder im Staatlichen Rundfunkkomitee beschäftigt, bzw. zur DEFA schickt. Sie verstehen es, mit schönen Worten zu blenden, auf Kosten des Inhalts. Sie hatten das Bestreben, objektiv zu sein, den Hörer nicht vor den Kopf zu stoßen, z. B. mit der Erwähnung des Genossen Stalin. [...] Die Genossen sind nicht nur in ihrer Arbeit als Fraktion aufgetreten, sie trafen sich regelmäßig, [...] um festzulegen, wie sie operieren wollten. Eine Revidierung des Beschlusses [der Kündigung des Redakteurs, C. C.] würde einen Verstoß gegenüber der Wachsamkeit und damit unserer Partei bedeuten.⁷⁴

Namentlich nannte er unter anderem die Redakteure Klaus Wilczynski, Alfred Fleischhacker und den Kommentator Herbert Gessner. Der Bericht zeigt, dass Repressionen und Disziplinierungen beim Radio in dieser Zeit mit Konflikten um professionelle Standards und Machtpositionen verbunden waren. Erfahrene Redakteure wehrten sich gegen die mit Blick auf die Hörer kontraproduktive Propaganda, was ihnen nun als „ideologische Schwäche“ ausgelegt werden konnte. Mit dem Verweis auf biografische Hypothesen wie bürgerliche Herkunft, Einnahme von nun als „sektiererisch“ oder „trotzkistisch“ verpönten Positionen in der Vergangenheit oder Verbindungen zum „Klassenfeind“ in der Emigration konnten fachlich überlegene Konkurrenten aus dem Feld geschlagen werden. Rückblickend hieß es, „kleinbürgerliche Gruppen“ hätten seinerzeit einen „Kampf gegen [...] parteiergebene Genossen“ geführt, „besonders wenn sie aus der Arbeiterklasse

⁷² Vgl. Arnold, Kalter Krieg, 2002, S. 263. Im selben Jahr, während seines Urlaubs, traf es auch den Hauptabteilungsleiter „Künstlerisches Wort“ Maximilian Scheer, dem u. a. ‚ideologische Unklarheit‘ vorgeworfen wurde.

⁷³ Kommuniké über die außerordentliche Sitzung der Leitung des Staatlichen Rundfunkkomitees am Mittwoch, den 25. November 1953, BArch DR 6/ 1.

⁷⁴ Protokoll der Leitungssitzung [der Betriebsparteiorganisation] am 26.11.1952; BArch DR 6/ 201.

kamen. Diese Machenschaften segelten unter dem Deckmantel ‚fachlich-politischer Gesichtspunkte‘.⁷⁵

Die Entlassung bzw. Verfolgung des größten Teils der leitenden Redakteure und zahlreicher weiterer redaktioneller und künstlerischer Mitarbeiter, aber auch von Teilen des Verwaltungspersonals,⁷⁶ führte zu einer erheblichen Entprofessionalisierung. Zwar wurden vakante Stellen kurzfristig mit Mitarbeitern der Landessender und vor allem mit jungen, oft ungelernten Nachwuchskräften besetzt, aber dennoch sank der Personalbestand dramatisch ab. Ende 1953 waren im Bereich des Rundfunks der DDR insgesamt nur noch ca. 1300 Personen beschäftigt, gegenüber mehr als 4200 im Jahr 1950.⁷⁷ Einen großen Anteil hatte daran die Zentralisierung des DDR-Rundfunks in Berlin im September 1952, bei der die Landessender aufgelöst wurden. Aber auch die Säuberungen in den Jahren zuvor hatten zahlreiche Lücken hinterlassen. Versuche, diese durch Absolventen einer ab 1950 in Grünau aufgebauten Rundfunkschule zu schließen, waren wenig erfolgreich. Auch hier zeigte sich ein Übergewicht an politisch-ideologischen Inhalten gegenüber der Vermittlung professioneller Kompetenzen der Hörfunkarbeit. Die Schulungen wurden daher bereits nach wenigen Jahrgängen wieder eingestellt.⁷⁸

Mit dem nun nach sowjetischem Vorbild geschaffenen „Staatlichen Rundfunkkomitee“ (StRK), das die bisherige Generalintendanz ersetzte, erreichten die Zentralisierungsbestrebungen einen Höhepunkt, zumal in diesem Zusammenhang neben den Landessendern auch die drei Sender *Berliner Rundfunk*, *Deutschlandsender* und *Mitteldeutscher Rundfunk* als selbständige Einheiten aufgelöst wurden.⁷⁹ An ihre Stelle traten drei zentral in Berlin produzierte Programme, die konsequenterweise die Namen *Berlin I*, *Berlin II* und *Berlin III* erhielten. Wenig später wurde deren Restautonomie durch Abschaffung der Chefredaktionen beseitigt und es entstanden sogenannte Querschnittsredaktionen, deren Beiträge nur noch technisch auf drei verschiedene Frequenzen verteilt wurden. Das Ergebnis

75 Bericht über die Kaderarbeit im Deutschen Demokratischen Rundfunk, 27. Oktober 1961, S. 10.

76 Bereits im Februar 1950 berichtete Axen: „Die Personalabteilung ist von den mit der ‚englischen Krankheit‘ behafteten Genossen gereinigt worden.“ Bericht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Rundfunkarbeit, 3. Februar 1950.

77 Die Zahl für 1953 schließt Beschäftigte des Fernsehens nicht mit ein, da es Letzteres 1950 noch nicht gab. Vgl. Bericht an das Politbüro des ZK der SED über die Tätigkeit des Deutschen Demokratischen Rundfunks im Neuen Kurs und in Auswertung des 15. und 16. Plenums des ZK der SED. o. Dat. [1954], BArch DR 6/ 226.

78 Vgl. zur Rundfunkschule: Münkkel, Daniela: Produktionssphäre. In: Zuhören und Gehörtwerden II. Radio in der DDR der fünfziger Jahre. Zwischen Lenkung und Ablenkung. Hrsg. von Adelheid von Saldern/Inge Marßolek. Tübingen: edition discord 1998, S. 48–77.

79 Vgl. Verordnung über die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees vom 14. August 1952; BArch DR 6/ 237.

war, dass es nun gar keine unterschiedlich profilierten Programme mehr gab. Entsprechend negativ waren die Reaktionen der Hörer.⁸⁰ Bereits wenige Monate später, nach dem Volksaufstand des 17. Juni 1953, musste diese Reform teilweise wieder zurückgenommen werden – zu offensichtlich war, dass der Rundfunk zur allgemeinen Unzufriedenheit beigetragen hatte.

Dass Westemigranten auch auf höchster politischer Ebene betroffen sein konnten, zeigt der Fall Gerhart Eisler. Nach der spektakulären Flucht aus den USA war er in der sich konstituierenden DDR-Regierung sogar für ein Ministeramt vorgesehen.⁸¹ 1950 sollte er ins Politbüro gewählt werden. Doch dazu kam es nicht, obwohl er in seiner Funktion als oberster Chef des Rundfunks entschieden für die Durchsetzung der parteiischen Grundsätze im Funk eintrat und die Säuberungen von Beginn an legitimiert hatte. Dass er sich Anfang 1951 öffentlich von seiner Rolle als „Versöhnler“ – also Gegner des pro-sowjetischen Kurses des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann in der Weimarer Republik – distanzierte, konnte seinen Abstieg vielleicht verzögern, verhindern konnte es ihn letztlich nicht.⁸² Nach anhaltender, vermutlich koordinierter Kritik in der DDR-Presse wurde das Amt für Information Ende 1952 aufgelöst. Faktisch arbeits- und mittellos musste Eisler wiederholt vor der ZPKK aussagen und sich auch dort dem Unterwerfungsritual der Selbstkritik unterziehen. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass Eisler (neben Merker) ein „Kandidat par excellence“ (Mario Keßler) für einen Hauptangeklagten in einen deutschen Schauprozess abgegeben hätte: Er war Emigrant in den USA, ehemaliger „Versöhnler“, jüdischer Herkunft und hinreichend prominent, so dass eine Verurteilung innerhalb der Partei potentiell die beabsichtigte abschreckende Wirkung entfalten konnte.

Neben Stalins Tod, der einen solchen Prozess letztlich überflüssig machte, hat Eisler freilich auch seine Prominenz geholfen. Denn ein Schauprozess gegen den spätestens seit seiner Flucht aus den USA in der westlichen Welt bekannten Kommunisten hätte dort propagandistisch wohl kontraproduktiv gewirkt. Vieles deutet zudem darauf hin, dass die Maßnahmen gegen ihn vor allem von der sowjetischen Seite initiiert wurden. Walter Ulbricht scheint hingegen diskret versucht zu haben, ihn zu schützen – was angesichts seiner engen Verwandtschaft mit der ehemaligen „trotskistischen Parteifeindin“ und nunmehr antikomunistischen Renegatin Ruth Fischer durchaus bemerkenswert ist. Deren Name habe

⁸⁰ Bereits zuvor hatte es vermutlich in Abstimmung mit dem ZK in der DDR-Presse massive Kritik am Rundfunkprogramm gegeben. Vgl. Walther, *Der Rundfunk*. 1961, S. 41 ff.

⁸¹ Friedmann, *Rundfunkmann*. 2007, S. 214; Als Leiter des Amtes für Information nahm er protokollarisch auch diesen Rang ein.

⁸² Eisler, Gerhart: Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler. In: *Neues Deutschland*, 18.2. 1951, S. 4; Vgl. hierzu und zum Folgenden: Keßler, Mario, *Westemigranten*. 2019, S. 326 ff.

ansonsten, so Ilko-Sascha Kowalczuk, bei Ulbricht „wie eine ‚Atombombe‘“ gewirkt.⁸³ Jedenfalls dürfte die Nähe zu Ulbricht letztlich dafür verantwortlich sein, dass Eisler trotz des Misstrauens der Sowjets gegen seine Person Schlimmeres erspart blieb.

4 Epilog

Die Entwicklung des Rundfunks in der SBZ bzw. DDR kurz nach dem Zweiten Weltkrieg spiegelt die Schwierigkeiten der sowjetischen Besatzungs- und später der sozialistischen Transformationspolitik wider. Ging es zunächst um die Absicherung des Besatzungsregimes sowie um die Abwehr von Ansprüchen der Westalliierten auf die Kontrolle des Rundfunks, so rückte mit dem offenen Konflikt zwischen den Siegermächten die Propagierung des Sozialismus unter sowjetischer Hegemonie in den Vordergrund. Dies schloss die rigide Disziplinierung der Parteimitglieder mit ein. Darin kam ein autoritäres Herrschaftsverständnis zum Ausdruck, das zur Festigung des eben erst entstandenen sowjetischen Blocks ebenso auf Repression setzte wie auf Unterwerfung der SED unter die Parteispitze.

Zu beobachten ist ab ca. 1948, wie sich im Rundfunk ein Klima der Denunziation und Angst ausbreitete. Die personellen Säuberungen, die sich in mehreren Wellen vollzogen, waren zwar von der Parteispitze und der SMAD initiiert, entwickelten jedoch rasch pogromartige Eigendynamiken. In den Verhören und Befragungen nannten die Beschuldigten weitere Personen, die nach dem Prinzip der „Kontaktschuld“ zu Verdächtigen wurden und dann ihrerseits ins Visier der Kontrollorgane gerieten. Denunziationen dienten nicht zuletzt dazu, die eigene „Wachsamkeit“ zu beweisen, um damit Loyalität zu demonstrieren und von der eigenen Person abzulenken. Öffentliche Solidarisierung gab es auch unter gleichermaßen Betroffenen nicht, da sie den Vorwurf der „Gruppenbildung“ und weitere negative Konsequenzen nach sich gezogen hätten. Zudem überlagerten sich oft mehrere Aspekte: Der Kampf um Machtpositionen sowie persönliche Animositäten wurden politisch aufgeladen, „Abweichung“ von der Parteilinie in der Vergangenheit oder die falschen Netzwerke im Exil konnten ebenso zum Problem werden wie aktuelle Westkontakte oder „bürgerliche“ und jüdische Herkunft. Wen es am Ende wie schwer traf, war prospektiv kaum absehbar und hing auch von Beziehungen ab. Die Unterwerfung unter die Parteilinie und die demütigenden Rituale der Selbstkritik waren notwendig, aber nicht immer hinreichend. Es finden

⁸³ Kowalczuk, Ilko-Sascha: Walter Ulbricht. Der kommunistische Diktator (1945–1973). München: C.H. Beck 2024, S. 245 f.

sich durchaus Personen, deren Bestrafung rätselhaft bleibt, während umgekehrt andere trotz erheblichen biografischen Ballasts ganz oder weitgehend verschont blieben.

Westemigration war jedoch stets ein Risikofaktor. Die paranoide Vorstellung einer umfassenden Unterwanderung durch feindliche Agenten (die es während des Kalten Krieges zeitweise auch auf der westlichen Seite gab) fand in den Emigrationsnetzwerken Nahrung. Das galt ganz besonders, wenn es Verbindungen in die USA gab. Die politische Unzuverlässigkeit, die den Westemigranten und -kriegsgefangenen beispielsweise von Intendant Heiß, aber auch von den Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht unterstellt wurde, beruhte auf einem doppelten Misstrauen der Altkommunisten an der Staatsspitze ihnen gegenüber. Sie hatten, anders als die KPD-Mitglieder im sowjetischen Exil, die strengen Schulungen, Verhöre, Deportationen und Säuberungen dort nicht bestehen müssen,⁸⁴ und sie hatten sich zumindest zeitweise in kapitalistischen Ländern aufgehalten, waren sozusagen den Einflüssen des Klassenfeindes ausgesetzt gewesen. Die bipolare Freund-Feind-Logik des Kalten Krieges wurde damit gewissermaßen *ex post* auf die Emigrationszeit übertragen.

Die Säuberungen waren nicht spezifisch für den Rundfunk, sondern betrafen mehr oder minder alle Parteimitglieder. Wer eine exponierte Position innehatte, musste ab Ende der 1940er Jahre überall in der DDR mit Repressionen rechnen, die über den Ausschluss aus der Partei hinausgingen, auch wenn Todesurteile wie im Falle Leo Bauers in der DDR die Ausnahme blieben. Besonders war allerdings die Konzentration von Westemigranten, -kriegsgefangenen und -übersiedlern im Rundfunk. Die journalistischen und künstlerischen Kompetenzen, die in diesem Bereich erforderlich waren, korrelierten zudem mit bürgerlicher und oft auch jüdischer Herkunft.⁸⁵ Das war der Grund, warum die Repressionen insbesondere diejenigen trafen, welche die höchste professionelle Kompetenz in der Rundfunkarbeit mitbrachten.

Damit hatte diese Politik allerdings direkte Konsequenzen für die gesellschaftliche Funktion des Mediums. Denn die Durchsetzung eines strikt parteilichen Diskurses im Radio stand im Gegensatz zu den Interessen der Hörer, in deren

⁸⁴ Vgl. dazu Tischler, Carola: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933 bis 1945. Münster: Lit 1996.

⁸⁵ Jan Foitzik kommt zu dem Schluss, dass (West-)Remigranten im Rundfunk wegen des hohen Personalbedarfs schon rein quantitativ keine zentrale Rolle gespielt hätten. Dieser Befund ist jedoch insofern zu relativieren, als Personen mit diesem biografischen Merkmal in bestimmten Leitungsfunktionen zeitweise durchaus großen Einfluss hatten, insbesondere in der Westpropaganda; vgl. Foitzik, Remigranten in der Medienpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht. 2002, S. 108f.

Mittelpunkt leichte Unterhaltung stand. Wer als Redakteur auf die Notwendigkeit hinwies, das Programm nicht allein nach aktuellen politischen Gesichtspunkten auszurichten, sondern es auch an den Hörern zu orientieren, sah sich schnell Vorwürfen ausgesetzt, die Sache des Gegners zu betreiben. Der von *Radio München* in den Osten gewechselte Kommentator Herbert Gessner brachte es 1951 in einem Brief an einen Mitarbeiter der Agitationsabteilung auf den Punkt:

Wieviel Menschen, glaubst Du, haben gestern, also an einem Sonntabend, abends um 21.00 Uhr noch den Berliner Rundfunk gehört? Ich garantiere Dir: Wenn wir sehen könnten, wie wenig, wir würden erschrecken. Zum – ich weiss nicht wievielten Mal – begingen wir wieder den Fehler, eine Serie von Reden hintereinander zu übertragen. Wir brachten den Staatsakt mit der Rede des Gen. Grotewohl und die Reden aller ausländischen Delegationsführer. [...] Was nützt es, alle Reden zu bringen, wenn die Erfahrung besagt, dass nur ein verschwindend geringer Bruchteil auch der fortschrittlichen Hörer sich das anhört? Hand auf's Herz: Hörst Du Dir hintereinander 8 Reden an einem Abend an? Und ich sage es zum hundertsten Mal: Das Resultat ist, dass unsere Hörer am Apparat zu drehen anfangen und auf der Skala da landen, wo wir sie eben nicht haben wollen – schon gleich am Samstag-Abend.⁸⁶

Gessners couragierte Äußerungen blieben die Ausnahme. Denn unter den gegebenen Bedingungen waren sie extrem gefährlich. Aus diesem Grund setzten die meisten Mitarbeiter die Vorgaben der Partei wider besseres Wissen um. Kaum jemand wagte es noch, sich den Ansprüchen der übergeordneten Parteinstanzen öffentlich zu widersetzen: Sofort drohten Parteiausschluss und der Verlust des Arbeitsplatzes. Eine Vergangenheit im Westen wirkte zusätzlich belastend.⁸⁷ Auch Gessner bekam sein Widerspruch letztlich nicht. Nach dem verzweifelten Versuch, seine Karriere mit einer Stalin-Huldigung zu retten, verließ er 1955 verbittert den Rundfunk.⁸⁸

Paradoxerweise führte der dramatische Verlust an Popularität, den das seinerzeit wichtigste Medium Radio in dieser Zeit erfuhr, zunächst nicht dazu, dass es zu Korrekturen kam. Im Gegenteil: Mangelnder Erfolg wurde regelmäßig den leitenden Mitarbeitern angelastet und auf deren „Objektivismus“ sowie ihre „fehlende ideologische Klarheit“ zurückgeführt. Die Reaktion war dann eine weitere

⁸⁶ Gessner an Reginald Grimmer, 7. Oktober 1951; BArch DR 6/ 342.

⁸⁷ Selbst Gessner dürfte sich angesichts seiner prekären Situation (der als Agent beschuldigte Bruno Goldhammer hatte bei seinem Antrag auf Parteimitgliedschaft für ihn gebürgt) kaum öffentlich so geäußert haben. Er war allerdings – ähnlich wie v. Schnitzler – durch seine exponierte Position als öffentliche „Stimme“ der DDR bis zu einem gewissen Grad geschützt.

⁸⁸ Im folgenden Jahr wurde er tot aufgefunden. Vgl. Wende-Thiele, Helga: Tödliche Zivilcourage. Herbert Gessner – Ein bayerischer Idealist im roten Berliner Rundfunk. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (ZdF) 13, 2003, S. 101–109.

Verschärfung des repressiven Diskurses – eine Negativspirale, aus der es für die Mitarbeiter kaum einen Ausweg gab.

Indirekt zeugt dies von überzogenen Erwartungen an das Medium: Bei der politischen Führung gab es nicht nur den Wunsch, das Medium unmittelbar für die Propagierung des sozialistischen Aufbaus in den Dienst zu nehmen, verbreitet war offenbar auch die Annahme direkter, quasi linearer Medienwirkungen. Wenn, wie Gerhart Eisler 1949 bemerkte, „[...] der Rundfunk bei der Frage der Kartoffelversorgung [versagt]“ habe, weil er zu wenig Propaganda bei den Bauern gemacht habe, die deswegen zu wenig Kartoffeln abgeliefert hätten,⁸⁹ dann wird diese überzogene Erwartung unmittelbarer Wirkungen deutlich. Es bedurfte erst des Aufstandes vom 17. Juni 1953, um die immer weitere Zurichtung des Mediums auf diese Erwartungen zumindest partiell zurückzunehmen.

Emigration oder eine andere Vergangenheit im Westen begründete unter diesen Umständen keine gemeinsame Identität oder Gruppenzugehörigkeit. Zwar gab es Netzwerke aus dieser Zeit, die für die Konzentration von leitenden Mitarbeitern im Rundfunk mitverantwortlich waren – eben darauf gründete ja der Glaube an eine Unterwanderung durch westliche Agenten. *De facto* handelte es sich jedoch um unterschiedliche Personenkreise, deren Emigrationsländer, Bindungen an die Partei und Funktionen in der Vergangenheit zum Teil wenig gemein hatten. Tatsächliche Verbindungen existierten oft gar nicht, sie ließen sich vielfach nur über gemeinsame Kontaktpersonen imaginieren. Insofern waren die „Westemigranten und -kriegsgefangenen“ keine homogene Gruppe, die sich durch echte Gemeinsamkeiten ausgezeichnet hätte. Die Gefahr, den dieses Herkunftsmerkmal unter den Bedingungen des repressiven Diskurses mit sich brachte, verhinderte erst recht, dass sie eine gemeinsame Identität entwickeln konnten.⁹⁰ Statt gemeinsamer Abwehr der Vorwürfe und Unterstellungen versuchte vielmehr jeder, sich selbst zu retten. Manche der später Beschuldigten traten, wie Leo Bauer, zuvor als ideologische Hardliner auf, wohl auch, um sich zumindest in dieser Hinsicht unangreifbar zu machen.⁹¹ Keineswegs selten waren auch Konflikte untereinander.⁹²

89 Protokoll der Intendanten-Tagung am 21. und 22. November 1949; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Schriftgut Hörfunk 1945–1952, F 201–00–00/0001.

90 So auch Foitzik, *Remigranten in der Medienpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht*. 2002, S. 111.

91 Bauer soll einen „sehr harten Ton“ angeschlagen haben. Vgl. Arnold, *Kalter Krieg*. 2002, S. 240, Anm. 32.

92 Beispielsweise erhob 1952 Karl-Georg Egel, der sich nach seiner Entlassung als Programmleiter des *Deutschlandsenders* nun als freier Autor von Hörspielen betätigte, Vorwürfe gegen den Hauptabteilungsleiter „Künstlerisches Wort“, Maximilian Scheer, dieser würde vorrangig seine

In der Folge von Stalins Tod und dem Juniaufstand 1953 begannen die Repressionen gegen die Parteimitglieder langsam abzuebben. Fast keiner der Rundfunkmitarbeiter mit West-Vergangenheit kam völlig ungeschoren davon. Auch im Hinblick auf ihren weiteren Lebensweg unterschieden sie sich stark. Einige wenige gingen, wie Leo Bauer, nach seiner Begnadigung, in die Bundesrepublik. Manche, wie die „frühen Medienstars“ (Ingrid Pietrzynski) Gessner und v. Schnitzler, sahen sich im Nachhinein bestätigt, und erhoben nun ihrerseits massive Vorwürfe gegen diejenigen, die sie und ihre Arbeit politisch angegriffen hatten. Schon als Leitautoren eines Kommissionsberichtes für Programmreformen nach dem 17. Juni 1953 hatten sie sich für eine tiefgreifende Orientierung des Programms an der medialen Spezifik des Hörfunks und den Interessen der Hörer ausgesprochen sowie eine personelle wie strukturelle Veränderung der Leitung des Rundfunks gefordert. Als dies nicht fruchtete, wandten sie sich mit einer nochmals zugespitzten Kritik an den Präsidenten der Akademie der Künste, Johannes R. Becher.⁹³ Dazu ermutigt wurden sie vermutlich durch eine öffentliche Erklärung der Akademie, die als fünften Punkt Bertolt Brechts Kritik aufnahm, dass der DDR-Rundfunk „[...] als ein entscheidendes Instrument der öffentlichen Meinungsbildung versagt“ habe.⁹⁴ Diese Vorgehensweise war jedoch nach wie vor höchst riskant.⁹⁵ Auch konnte sie kaum Erfolg haben, denn die Bereitschaft, im Nachhinein Fehler zu konzedieren, gehörte nicht zu den Tugenden der Partei – vielmehr hatte diese bekanntlich immer Recht und die Parteispitze schob ihre Verantwortung wie stets in solchen Fällen auf untergeordnete Ebenen ab.

eigenen Stücke inszenieren lassen. Ob dies zur Entlassung Scheers kurz darauf beigetragen hat, ist unklar; Badstübner, Olaf: Der Rundfunk muss seine Programmgestaltung ändern. Ergebnisse einer Untersuchung der Lage beim Berliner Rundfunk. In: Neues Deutschland, 4.4.1952, S. 4.

⁹³ Vgl. Pietrzynski, Ingrid: „Eine Republikpartei schule, noch dazu eine schlechte...“. Der 17. Juni 1953, der DDR-Rundfunk und ein Memorandum von Herbert Gessner und Karl-Eduard v. Schnitzler. In: Rundfunk und Geschichte 29, 2003, H. 1/2, S. 20–37.

⁹⁴ Erklärung der Deutschen Akademie der Künste. Vorschläge an Regierung übergeben. Neues Deutschland, 12.7.1953, S. 4.

⁹⁵ In einer Sitzung der SED-Grundorganisation im Juli 1953 und einer Aussprache an der Akademie der Künste im September wurden gegen die Kommissionsmitglieder die üblichen Vorwürfe „kleinbürgerlicher“ und „objektivistischer“ Tendenzen erhoben. Gessner und v. Schnitzler wurden außerdem in die Nähe der wegen ihres Versuchs nach dem 17. Juni, Ulbricht zu stürzen, zu „Parteifeinden“ erklärten Funktionäre Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser gerückt – eine unverhohlene Drohung. Sie distanzieren sich daraufhin von ihren Vorschlägen und üben Selbstkritik. Ihr politisches Überleben dürften sie außerdem dem Umstand zu verdanken gehabt haben, dass Becher das an ihn gerichtete, „schärfere“ Memorandum nicht wie vorgesehen an Otto Grotewohl oder „sowjetische Stellen“ weitergab; vgl. Pietrzynski, Eine Republikpartei schule 2003, S. 29 ff.

Andere der beim Rundfunk Entlassenen wechselten zur DEFA, zur Presse oder arbeiteten von nun an freiberuflich. Einige, die es besonders hart getroffen hatte, wie Schmidt, Mahle und Goldhammer, wurden nach Chruschtschows Abrechnung mit dem Stalinismus auf dem 20. Parteitag der KPDSU 1956 parteiintern rehabilitiert. Sie konnten danach, wie auch Max Seydewitz, ihre Karrieren auf niedrigeren Positionen außerhalb des Rundfunks fortsetzen. Lediglich der Ulbricht-Freund Gerhart Eisler war in der Lage, zumindest halbwegs an seine alte Position anknüpfen: 1956 wurde er zum Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees ernannt, dem obersten Leitungsorgan des Rundfunks (das allerdings nicht für die inhaltliche Anleitung verantwortlich war). Er blieb bis zu seinem Tod 1968 in dieser Position. Erst nach der internen Abrechnung mit der Politik Stalins war es auch denkbar, dass mit Georg Stibi erstmals ein Westemigrant die Leitung der zentralen, für die inhaltliche Anleitung der Medien zuständige Abteilung Agitation übernahm.⁹⁶

Nur erahnen kann man die traumatischen Folgen der Repressionen bei den Betroffenen. Sie, die von den Nationalsozialisten aus politischen und oft auch rassistischen Gründen verfolgt worden waren und denen oft nur knapp die Flucht in das westliche Exil gelungen war, waren nach dem Krieg mit Bedacht und mit hohen Erwartungen in den Ostteil Deutschlands zurückgekehrt. Dass sie, obgleich überzeugte Kommunisten, nun erneut zu Opfern von Repressalien wurden, die zudem ausnahmslos auf falschen Beschuldigungen beruhten, dürfte mental tiefe Spuren hinterlassen haben. Einige der Betroffenen haben wie Herbert Gessner und der in ein Hüttenwerk verbannte ehemalige Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Lex Ende, die Verfolgungen und Demütigungen nicht überlebt. Lex Ende wurde erst im November 1989 rehabilitiert.

⁹⁶ Vgl. Foitzik, Remigranten in der Medienpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht. 2002, S. 110.